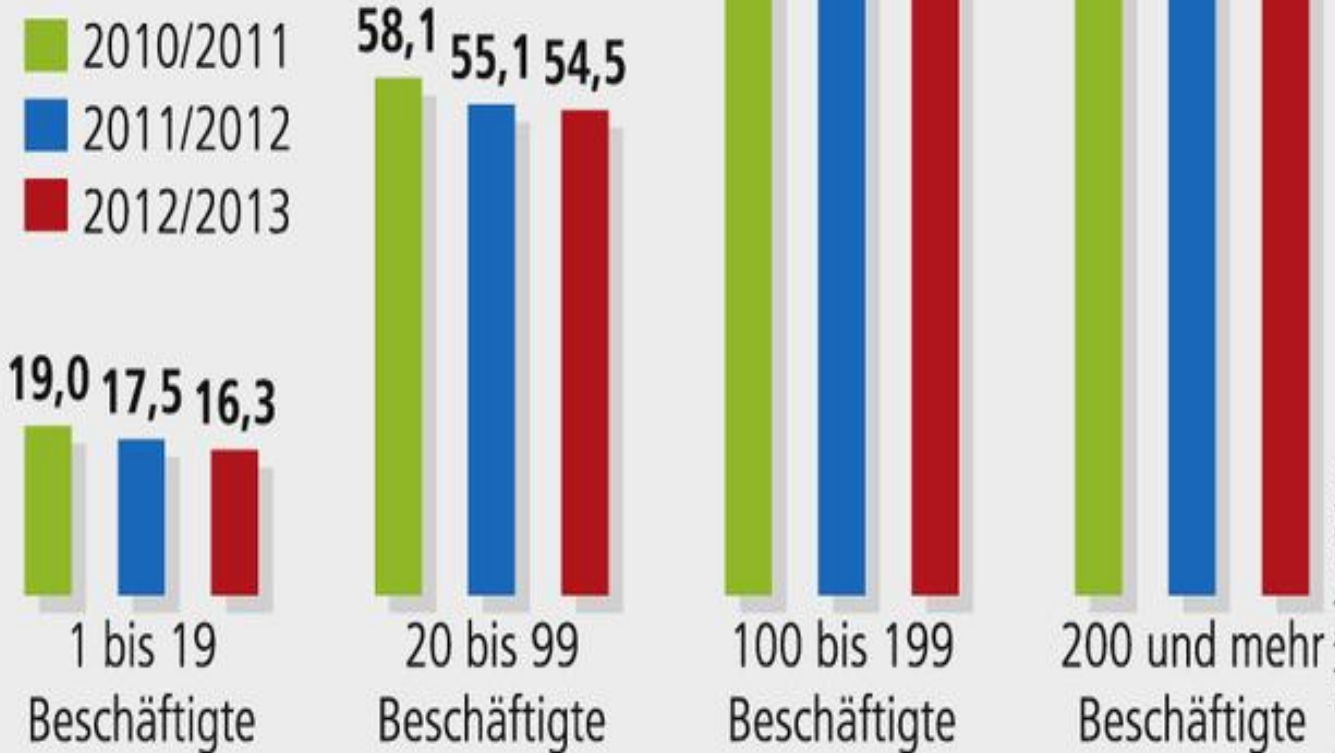


## Kleine Betriebe auf dem Rückzug

Anteil von ausbildenden Betrieben  
nach Beschäftigtenanzahl  
(in Prozent)



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung / Datenreport zum  
Berufsbildungsbericht 2014

© DGB einblick 13/14

Obwohl die Zahl der Betriebe insgesamt gewachsen ist, ging die Zahl der Ausbildungsbetriebe weiter zurück. Nur noch 21,3 Prozent aller Betriebe bilden aus (2011: 21,7 Prozent).

# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Neben eventuellen persönlichen Veränderungen im neuen Schuljahr hinsichtlich neuer SchülerInnen oder verändertem Unterrichtseinsatz stellen sich angesichts der neuen Koalition Fragen wie: kommt die „gestufte Berufsfachschule“, in welche Richtung soll das sog. Übergangssystem entwickelt werden oder müssen wir die aktuellen Angriffe des vhu auf die 2-j. FOS und 2-j. HBFS ernst nehmen?

Besonders für die „Berufler“ interessant: Die Abteilung „Berufliche Schulen und Lebensbegleitendes Lernen“ im HKM gibt es seit dem 1. Juli 2014 nicht mehr. Sie ist einer Organisationsänderung (die wieviele?) zum Opfer gefallen und nun in eine Abteilung III „Allgemein bildende und Berufliche Schulen, Internationales Bildungs- und Schulwesen, Lebensbegleitendes Lernen“ integriert. M.E. bedeutet diese Änderung für die Berufliche Bildung und die Beruflichen Schulen strukturell eine deutliche Schwächung. Zu dieser Auflösung beigetragen haben zuvorderst organisationspolitische Überlegungen im HKM, aber auch, dass die bisherige Spitze der Abteilung Berufliche Schulen etc. abgewirtschaftet hatte und von niemandem mehr ernst genommen wurde, auch nicht von Politikern oder der Wirtschaft.

Was Erfreuliches: Am 30. Juni

2014 wurde ein neuer Vorstand der GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen gewählt. Einstimmig wurde das bisherige Vorstandsteam Ralf Becker, Markus Heberling und Carsten Leimbach bestätigt. Herzlichen Glückwunsch und ein erfolgreiches Wirken wünschen wir allen.

Die Veranstaltung „Zugewandert in Hessen“ am 26. Mai im Frankfurter Römer wurde von vielen KollegInnen aus Beruflichen Schulen besucht. Wir verweisen dazu auf die hlz 9-10/2014, in der auch Artikel aus dem Bereich Berufliche Schulen enthalten sein werden. Auch im Ministerium ist das Thema Beschulung von Seiteneinsteigern in Beruflichen Schulen angekommen. Die Umsetzung ist jedoch noch nicht geklärt. Über die Planungen des HKM werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Zum Schluss wünschen wir Euch für das kommende Schuljahr Freude und pädagogischen Erfolg, dazu auch die benötigte Kraft und Energie.

**Euer**

Dieter Freidt

## INHALTSVERZEICHNIS

Nicht nur ein Zertifikat	3
news	4
Umbau des Bildungssystems	6
ExperiMINTa	8
XENOS ist gut für die Schule	9
Inklusion in der BB	10
Inklusion- da kommt was auf uns zu	11
hprll-intern	12
Werkhof an Minister Rhein	14
Lehrereinstellungsbedarf und Angebot 2012-2025	15
Neue Publikationen	16
Auf den Spuren der Vergangenheit	17
Lehrerbildung Agrarwirtschaft	18
LES lebt Toleranz	20
a.t.-FL Weiterqualifizierung	21
Zukunft der Facharbeit	22
Senior-Experte in Rumänien	24
Netzwerk AG - Fachpraxis	26
Fortbildung Lehrkräfte ohne Lehramt	28
Die Zukunftswerkstatt	30
Impressum	31
Leserbrief	31
Neue Menschen braucht das Land	32

**Neuer Vorstand: Carsten Leimbach, Ralf Becker und Markus Heberling**



# NICHT NUR EIN ZERTIFIKAT

Berufsschüler haben sich zu Schlichtern ausbilden lassen



Schlichterrunde: Acht Schüler vom Berufsschulzentrum Nord in Darmstadt haben sich zu Konfliktcoaches ausbilden lassen. FOTO: Claus Völker

**Beratung von Schülern für Schüler - darum geht es bei der Schülerweiterbildung im Konfliktcoaching. Nach einem Pilotprojekt 2012 ist die zweite Generation von Streitschlichtern am Berufsschulzentrum Nord nun tätig. Jetzt haben sie ihre Zertifikate erhalten.**

Rund 5000 Schülerinnen und Schüler besuchen das Berufsschulzentrum Nord in Darmstadt, zu dem die Berufsschulen Martin-Behaim-Schule, Friedrich-List-Schule und Heinrich-Emanuel-Merck-Schule zählen. „Jeder bringt sein Säckchen Probleme mit. Sei es von Zuhause, aus dem Betrieb oder auch aus der Peer-Group“, sagt Gerald Hubacek, Vertreter der Schulleitungen. Wie diese Probleme von Schüler zu Schüler gelöst werden können ist Inhalt der Schülerweiterbildung in Konfliktcoaching und Mediation, die der Internationale Bund (IB), der am Berufsschulzentrum für die Schulsozialarbeit zuständig ist, organisiert hat. Jetzt erhielten die Teilnehmer ihre Zertifikate als Streitschlichter.

„Über manches möchte man einfach nicht mit den Lehrern

sprechen, zum Beispiel bei Stress mit Freunden. Um denjenigen nicht zu verpetzen, klärt man solche Probleme lieber untereinander“, sagt Joseph Paul Kober (17). „Auch über Beziehungsprobleme kann man viel besser mit Gleichaltrigen sprechen“, fügt Kawal Shek (17) hinzu. Und auch Mobbing sei ein „ganz großes Thema“, erklären die beiden Schüler der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule, die zu den acht neuen Konfliktcoaches gehören. Aus 30 Bewerbern wurden sie für diese Aufgabe ausgewählt: „Die Noten müssen gut genug sein. Außerdem braucht man eine passende Persönlichkeit. Und mindestens ein Jahr sollen die Schüler noch das Berufsschulzentrum besuchen, damit sie das Gelernte anwenden können“, erklärt Sozialarbeiter Bloßfeld die Auswahlkriterien.

## Ein eigener Raum in den Pausen

Seit Mai haben die Streitschlichter in einem eigenen Raum in den Pausen ein offenes Ohr für die Pro-

bleme ihrer Mitschüler. Wie man Betroffenen hilft, das lernten die sieben Schüler und eine Schülerin jetzt in einem rund 50 Schulstunden umfassenden Seminar. Zum Kursprogramm gehörten Schlichtung von Konfliktsituationen, eine geeignete lösungsführende Gesprächsführung und die richtigen Fragetechniken, die Vermeidung von Eskalation und interkulturelle Aspekte. Und auch, die eigenen Grenzen zu erkennen: „Bei häuslicher Gewalt oder bei Stalking müssen wir an die Schulsozialarbeit abgeben, das können wir nicht leisten“, sagt Joseph.

Doch nicht nur Schülern etwas Gutes tun, sondern auch dem eigenen Lebenslauf - das war für einige der Teilnehmer eine Motivation. „Ich verspreche mir schon einen Vorteil bei den Bewerbungen“, verrät Felix Hild (19). „Denn wir können jetzt nicht nur Probleme lösen, sondern auch zuhören, gezielter Fragen stellen und selbstbewusster auftreten.“ Simon Bartonek (18) ist als stellvertretender Stadtschulsprecher Konflikte gewohnt. Simon: „Aber die Arbeit fällt jetzt viel leichter als vorher. Das Zertifikat ist zwar wunderbar, aber der Erfahrungswert des Coachings ist viel wertvoller!“

Für das Projekt sind die Berufsschüler in dieser Woche mit dem Preis „Stärken fürs Leben“ ausgezeichnet worden, mit dem die Jubiläumsstiftung der Sparkasse Darmstadt unter anderem Projekte zur Stärkung der Sozialkompetenz auszeichnet

jäh

DE 24.01.2014



## **GEW-Beschluss Berufsorientierung**

Der GEW-Landesvorstand Hessen hat am 12. Juni 2014 ein ausführliches 12-seitiges Positionspapier „Lebenswelt-, Arbeitswelt- und Berufsorientierung“ beschlossen, das als Antrag an die Landesdelegiertenversammlung im November 2014 gehen wird. (Anforderung über die Redaktion)

## **Unterrichtsmaterialien zum Thema Mindestlohn und Minijobs**

Auf dem Portal „Böckler Schule“ <http://www.boeckler.de> sind in der letzten Zeit neue Unterrichtseinheiten eingestellt worden. Eine beschäftigt sich mit dem Thema Minijobs („Minijobs - des einen Freud, des anderen Leid?“). Außerdem gibt es ein Themenheft „Soziale Sicherung“.

„Böckler Schule“ ist das Lehrer\_innenportal zur sozioökonomischen Bildung der Hans-Böckler-Stiftung.

## **Wie rechtsextrem sind Azubis, Schüler und Studenten?**

Wie viel Rechtsextremismus gibt es bei Jugendlichen im ausbildungsfähigen Alter und wie geht man damit um? Dem widmet sich die neue Ausgabe 03-14 DENK-doch-MAL ([www.denk-doch-mal.de](http://www.denk-doch-mal.de)). Das Onlinemagazin will die Probleme von Azubis, Schülern und Studenten ansprechen und Mut machen, den Rechtsextre-

mismus aktiv auf den verschiedensten Ebenen zu bekämpfen.

## **JArbSchG-Ratgeber für den Unterrichtseinsatz**

Das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) schützt Auszubildende und junge ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz. Sie müssen ihre Rechte kennen, um auf deren Einhaltung gegenüber Ausbildern oder Arbeitgebern pochen zu können. Zudem ist das JArbSchG Inhalt des Unterrichts der Berufsschule. Die DGB-Jugend hat im Ratgeber „Durchblick beim Jugendarbeitsschutzgesetz“ alle wichtigen Regelungen zusammengefasst. Mit anschaulichen Beispielen werden Themen wie Arbeitszeit, Urlaub und Arbeitsschutz erläutert.

Bestellung und pdf-Download unter: [www.bit.ly/JArbSchG](http://www.bit.ly/JArbSchG)

*einblick Nr. 13 vom 30.06.2014*

## **Algorithmus**

Die Verwendung des Wortes „Algorithmus“ ist in den letzten drei Jahren um 150% gestiegen, während das Wissen um seine Bedeutung gerade mal um 0,5% wuchs.

(verdi-publik 04-2014)

## **DGB-Bundeskongress**

*PM 088-14.05.2014*

Der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress hat die Leitlinien der gewerk-

schaftlichen Bildungspolitik für die kommenden vier Jahre beschlossen.

Dabei spricht sich der DGB unter anderem für einen Rechtsanspruch auf Ganztagskrippenplätze und Ganztags-schulplätze, für eine Ausbildungsgarantie sowie eine bessere Ausstattung von Hochschulen und die Einführung eines Weiterbildungsgesetzes aus. Die Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung müsse überwunden werden. Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung muss der Hochschulzugang ohne Einschränkung möglich sein.

Link zum Beschluss: <http://bit.ly/1s-N9Ouj>

## **Berufsbildungsbericht und Datenreport 2014 jetzt online**

Der Berufsbildungsbericht 2014 wurde Anfang April vom Bundeskabinett verabschiedet. Zeitgleich ist der BIBB-Datenreport 2014 in einer ersten vorläufigen Fassung erschienen. Er liefert die Datengrundlage zum jährlichen Berufsbildungsbericht und bietet umfassende Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland: Wie haben sich zum Beispiel Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage entwickelt? In welchen Berufen haben junge Männer und Frauen die meisten Ausbildungsverträge abgeschlossen? Wie wird sich die Nachfrage nach dualer Berufsausbildung in den nächsten Jahren weiterentwickeln und welche

Strategien in der Weiterbildung fördern die Deckung des künftigen Personalbedarfs? [www.bibb.de](http://www.bibb.de)

### **Schaubilder zur Berufsausbildung - Ausgabe 2014 erschienen**

Die Schaubilder zur Berufsausbildung zeigen Strukturen und Entwicklungen der dualen Berufsausbildung in Deutschland auf. Im Mittelpunkt steht die duale Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) beziehungsweise Handwerksordnung (HwO). In der Ausgabe 2014 werden Indikatoren zu Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt, zur Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System, zu den Ausbildungsvertragszahlen sowie zum Prüfungserfolg der Auszubildenden ausgewiesen. Ferner werden institutionelle Rahmenbedingungen und gesetzliche Grundlagen in Übersichten skizziert. [www.bibb.de/dokumente](http://www.bibb.de/dokumente)

### **Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen**

Die aktualisierte Broschüre informiert über das Verfahren zur Neuordnung beziehungsweise Modernisierung von Ausbildungsordnungen. Diese Regelungen bilden die Grundlage für die Ausbildung im dualen System, in dem viele Jugendliche in Deutschland ihre berufliche Qualifizierung beginnen. [www.bibb.de/veroeffentlichungen](http://www.bibb.de/veroeffentlichungen)

### **Neun modernisierte Ausbildungsberufe**

Neun modernisierte Ausbildungsberufe werden zum 1. August 2014 offiziell das neue Ausbildungsjahr beginnen. Seit dem Jahr 2003 sind damit insgesamt 208 Ausbildungsordnungen überarbeitet und an die aktuellen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Anforderungen ange-

passt worden. Dabei wurden 171 Ausbildungsordnungen modernisiert und 37 Ausbildungsberufe neu geschaffen. Insgesamt existieren zurzeit 330 duale Ausbildungsberufe.

Im Einzelnen:

- Fachkraft für Speiseeis
- Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/Karosserie- und Fahrzeugbaumechanikerin
- Kaufmann für Büromanagement/ Kauffrau für Büromanagement
- Kaufmann für Versicherungen und Finanzen/ Kauffrau für Versicherungen und Finanzen
- Land- und Baumaschinenmechatroniker/Land- und Baumaschinenmechatronikerin
- Polsterer/Polsterin
- Süßwarentechnologe/Süßwarentechnologin
- Zupfinstrumentenmacher/Zupfinstrumentenmacherin
- Zweiradmechatroniker/Zweiradmechatronikerin

### **PRISM-Rollenspiel zum Datenschutz**

Das „PRISM-Rollenspiel zum Datenschutz“ wurde von den Machern der Website „Der Lehrerfreund“ vor dem Hintergrund der NSA-Abhöraffaire entwickelt und führt den Schülerinnen und Schüler anhand konkreter Beispiele Sinn und Zweck des Schutzes der eigenen personenbezogenen Daten vor Augen. Verbraucherzentrale Bundesverband: Material der Woche „Rollenspiel zum Datenschutz“

### **Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen**

Mit dem BIBB-Report 23/14 „Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung“ werden die Ergebnisse der 3. Welle der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen (QuBe-Projekt)

über die voraussichtliche Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen, beruflicher Flexibilität und erhöhter Zuwanderung dargestellt. Besonders interessant ist dabei die Bilanzierung von Angebot und Bedarf nach den Qualifikationsstufen mit Berufsausbildung, ohne Berufsausbildung und tertiärer Bereich, aber auch nach den 12 Berufshauptfeldern ([www.qube-projekt.de](http://www.qube-projekt.de)). Der Report kann als Volltext unter [www.bibb.de](http://www.bibb.de) heruntergeladen werden.

### **Die NaSch-Community: Neues Netzwerk für nachhaltige Schülerfirmen**

Ein Unternehmen nachhaltig führen, d.h. nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern auch in ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung, das lernen Schülerinnen und Schüler in nachhaltigen Schülerfirmen. So verkaufen sie Handarbeitsprodukte aus Sri Lanka, bieten dabei den Frauen und ihren Großfamilien eine sozialverantwortliche Einnahmequelle und spenden den Gewinn an Bedürftige. Die Produkte und Produktionsverfahren wählen sie so aus, dass die Umwelt möglichst wenig belastet wird. Mit der NaSch-Community haben die Schülerinnen und Schüler nun die Möglichkeit, ihre Arbeit einem breiten Publikum zu präsentieren, sich mit anderen nachhaltigen Schülerfirmen auszutauschen und bei Fragen die richtigen Ansprechpartner zu finden. Die NaSch-Community ist ein Online-Angebot der Freien Universität Berlin in Zusammenarbeit mit der LO Lehrer-Online GmbH. Ziel des Projekts ist es, die Kommunikation aller Akteure in Nachhaltigen Schülerfirmen zu fördern und den Kreis der an Nachhaltigen Schülerfirmen Interessierten zu erweitern. [www.nasch-community.de](http://www.nasch-community.de)

**Zusammenstellung und Ausführung:**  
**Dieter Staudt**

# FÜR EIN NEUES VERHÄLTNISS VON BERUFLICHER UND HOCHSCHULISCHER BILDUNG

Nachdem der Wissenschaftsrat, eines der wichtigsten Beratungsgremien für die Bundesregierung in Fragen der Wissenschafts- und Hochschulpolitik, schon vor wenigen Monaten mit einer bemerkenswerten Empfehlung zu den dualen Studiengängen aufgewartet hat, legt er nun mit den „*Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung*“ nach. Einer der Kernsätze in der neuen Empfehlung lautet: Um berufliche und akademische Bildung „in ein funktionales und zukunftsfähiges Verhältnis zu bringen sieht der Wissenschaftsrat die Notwendigkeit, auf eine Angleichung der gesellschaftlichen Wertschätzung von beruflicher und akademischer Bildung hinzuwirken.“ (S.11)

## Was treibt den Wissenschaftsrat an?

Ausgangspunkt dieser Empfehlung ist die demografische Entwicklung. So schreibt der Wissenschaftsrat: „Um trotz des demografischen Wandels die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft zu erhalten und zu stärken, ist ein hohes Qualifikationsniveau sowie ein international attraktives post-schulisches Bildungssystem (...) essentiell.“ (S.5)

Ein Gegeneinander von betrieblich-dualer Berufsbildung und „akademischer“ Bildung ist aus Sicht des Wissenschaftsrates vor dem Hintergrund der von ihm beschriebenen demografischen Herausforderungen für die Fachkräfteentwicklung absolut kontraproduktiv. Auch die Beschlüsse der Vergangenheit zur sozia-

len und beruflichen Öffnung der Hochschulen seien zwar richtige Schritte, aber nicht ausreichend. Es sei nicht hinzunehmen, dass Bildungsverläufe nach wie vor sehr stark von der sozialen Herkunft geprägt sein, dass das Image, die Beschäftigungssicherheit, der materielle und kulturelle Status von Berufen davon geprägt seien, ob die Qualifikationen an Hochschulen oder im Rahmen der beruflichen Bildung erworben wurden.

## Was schlägt der Wissenschaftsrat vor?

Im Zentrum seiner Vorschläge stehen drei zentrale Maßnahmen:

1. Die Ausweitung der „*Studien- und Berufsorientierung*“ in den allgemeinbildenden Schulen auch auf die Sekundarstufe II.

Berufsorientierung macht aber bisher weitgehend vor dem Gymnasium Halt. Daher ist zu begrüßen, wenn der Wissenschaftsrat nun im Rahmen einer verpflichtenden Studien- und Berufsorientierung betriebliche Praktika, Mentorenprogramme und Potenzialanalysen fordert. Die bestehenden Beratungsangebote sollen zu einem zentralen Online-Portal, einem sog. Bildungsnavigator, zusammengeführt werden.

2. Die weitere Erleichterung der Übergänge zwischen beruflicher Bildung und Hochschule und umgekehrt

Der Wissenschaftsrat empfiehlt eine „zusätzliche formale Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur oder Fachhochschulreife“ (S.13). Damit geht er weit über die von der Kultusministerkonferenz 2009 angeregten Regelungen zur Öffnung der Hochschulen hinaus. Er verzichtet auf die bisher notwendige mehrjährige Berufserfahrung für Facharbeiter und auf die bisher für die gleiche Gruppe vorgesehene Fachbindung. Hochschulen sollen sich über die Öffnung für beruflich qualifizierte Studierende künftig stärker profilieren. Studienbedingungen sollen z.B. über die Schaffung spezieller Brückenkurse und über Zertifikatsangebote unterhalb von Bachelor-/Masterprogrammen, welche die Einstiege in das Hochschulsystem erleichtern und sich zugleich als „Module“ in einem Baukastensystem zu Bachelorstudiengängen zusammensetzen lassen, auf die Zielgruppe ausgerichtet sein.

## BIBB-Kongress 2014

Unter dem Motto „Berufsbildung attraktiver gestalten - mehr Durchlässigkeit ermöglichen“ findet der diesjährige BIBB-Kongress am 18. und 19. September in Berlin statt. Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Wissenschaft und Berufsbildungspraxis aus dem In- und Ausland finden hier eine Plattform zur Diskussion drängender Fragen der Berufsbildung.

Infos: [www.bibb.de](http://www.bibb.de)

Die Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen soll eine größere Rolle spielen wie auch die Unterstützung von StudienabbrecherInnen beim Übergang in das Berufsbildungssystem.

3. Sog. „hybride“ Ausbildungs- und Studienformate wie das duale Studium sollen ausgebaut und neu geschaffen werden

Die Ausbildung soll stärker als bisher Übergangsmöglichkeiten zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung nutzen und auch Formate schaffen, die den Studierenden - wie im dualen Studium - erlauben, Theorie und arbeitsweltliche Praxis besser zu verzahnen. Ein bisher unerschlossenes Potenzial sieht der Wissenschaftsrat auf der Seite der Berufsbildung. So stellt er sich vor, Studienmodule in Aus- und Fortbildung zu integrieren. Regionale Kooperationsplattformen, in denen Schulen und Hochschulen, Kammern und Betriebe sowie die Arbeitsagenturen zusammenarbeiten, sollen die Informations- und Beratungsangebote bündeln und die Orientierungsmaßnahmen für den beruflichen und hochschulischen Bereich aufeinander abstimmen.

### Wie sind die Empfehlungen zu bewerten?

Im Grundsatz gehen die Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen in eine Richtung, für die sich die IG Metall seit langem einsetzt. Die für Deutschland typische und strikte Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung muss endlich

und endgültig überwunden werden. Vorgeschlagene Maßnahmen wie die verpflichtende Etablierung der Studien- und Berufsorientierung in der Sekundarstufe II der allgemeinbildenden Schulen, die Ausweitung des Hochschulzugangs für Berufserfahrene entsprechen den Forderungen der IG Metall genauso wie die qualitative Weiterentwicklung der dualen Studienangebote oder die bessere Integration von StudienabbrecherInnen in das Berufsbildungssystem und sind zu unterstützen.

So positiv die Empfehlungen also zu bewerten sind, weil sie bildungspolitisch längst überfällige Reformschritte anmahnen, müssen doch auch einige Punkte kritisch angemerkt werden.

1. Für die IG Metall leitet sich Berufsbildung nicht allein aus den Anforderungen des Arbeitsmarktes ab, sondern ist immer auch Teil von Persönlichkeitsbildung. Berufliches Lernen ist Teil von Bildung, weil auch Bedingungen des Lernens und der Erwerbstätigkeit kritisch hinterfragt, soziale Interessen erarbeitet und Gestaltungsoptionen entwickelt werden müssen. Durch den Verzicht auf diesen notwendigen und über den Arbeitsmarkt hinausgehenden Zugang auf berufliche Bildung bleiben auch Vorschläge in ihrem Begründungszusammenhang, aber auch in Bezug auf ihre Reichweite begrenzt. Sie bleiben „auf halber Strecke stehen“.
2. Die Vorschläge sind strukturell angelegt. Gedanklich folgen sie einem „Zwei-Säulen-Modell“, das durch die Berufsbildung und das Hochschulsystem bestimmt ist. Zwischen beiden Säulen werden

nur Übergänge geschaffen. Im Kern werden aber die Säulen selbst nicht angetastet. Dieser Blick lässt die Dynamiken in den beiden Teilsystemen außer Acht. Was holzschnittartig als „Verwissenschaftlichung“ der beruflichen Bildung oder als „Verberuflichung“ des hochschulischen Systems bezeichnet wird und auf strukturelle und inhaltliche Veränderungen in den Säulen zielt, wird in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats nicht bearbeitet. Dabei sind es gerade diese Prozesse, die zu weitreichenden Schlussfolgerungen für Lernprozesse, Lernangebote und bessere Vernetzungen führen.

3. Ausgeblendet ist die Beteiligung der großen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch der Studierenden, der Sozialpartner und Gewerkschaften.
4. Die materielle Seite sowohl für die Lernenden wie auch für die Institutionen bleibt vollkommen unberücksichtigt.

### Als - vorläufiges - Fazit lässt sich festhalten:

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats gehen in eine gute Richtung. Sie müssen aber nachgearbeitet werden. Die Empfehlungen verstärken bildungspolitische Forderungen, welche die IG Metall seit langem erhebt. Die IG Metall wird daher diese Diskussion ihrerseits aufnehmen und insbesondere mit dem Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit und den sich daran anschließenden Handlungsempfehlungen beantworten. Der Wissenschaftsrat wird aufgefordert, sich mit den Sozialpartnern an einen Tisch zu setzen, um gemeinsame Schritte zu beraten.

Wap-Newsletter 18.04.2014

In der nächsten Ausgabe des *insiders* werden wir zum selben Thema eine ausführliche und differenzierte Stellungnahme des DGB-Bund veröffentlichen. Sechs Thesen zur Beachtung werden damit vorgestellt.



# EXPERIMINTA SCIENCE-CENTER FRANKFURT RHEINMAIN

Am 1. März 2014 konnte ExperiMINTa seinen dritten Geburtstag feiern. Bis dahin hatten mehr als 260.000 Besucher die Mitmach-Angebote in Frankfurt wahrgenommen.

Es gibt inzwischen über 120 Stationen, an denen die Besucher selbstständig experimentieren können, die Stationen sind in 9 Themenbereiche zusammengefasst:

- ↳ Licht & Schatten (Optische Geräte)
- ↳ Schnell & Langsam (Bewegungen)
- ↳ Stark & Schwach (Kräfte)
- ↳ Hin & Her (Wellen)
- ↳ Energie & Umwelt (Energieumwandlung)
- ↳ Wind & Wetter (Strömungen)
- ↳ Denken & Knobeln (Puzzeln)
- ↳ Abstrakt & Konkret (Glücksspiel)
- ↳ Abenteuer Informatik (binäre Magie)



An jeder Station findet man Anleitungen, die den Besuchern helfen. Fast jede Station schafft die Möglichkeit, vertiefende Varianten des Experimentierens zu (er-)finden.

Auch die Technik hat Einzug gehalten:

Das „FlowControl“ getaufte Funktionsmodell eines Wasserkreislaufes wurde von Auszubildenden der SAMSON AG an das Museum übergeben und ergänzt ab sofort das Spektrum an technischen Anwendungen um das

Regeln von Durchflüssen mit Ventilen.

Das Modell eines „Roots-Gebläses“ wurde von Studierenden der FH Frankfurt für ExperiMINTa aufbereitet.

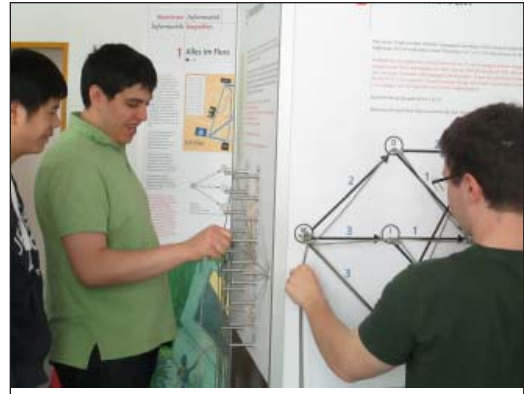
## Berufsorientierung in den MINT-Fächern

Am 13. März 2014 startete in ExperiMINTa zum dritten Mal das MINT-Projekt „Die Stars von morgen“ für Haupt- und Realschüler der 8. und 9. Klassen. ExperiMINTa setzt damit das Projekt zur Berufsorientierung in den MINT-Fächern fort.

Schülerinnen und Schülern haben die Möglichkeit, in 7 Modulen (z.B. Mechatronik, Lufttechnik oder Energietechnik) praktisch zu experimentieren und in Workshops unter Anleitung technische Geräte zu konstruieren und zu bauen. Betriebliche Ausbilder und Berufsschullehrer stehen zur Information über berufliche Möglichkeiten zur Verfügung.

Das Projekt ist Teil eines vom hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung initiierten Vorhabens, das neben der Frankfurter ExperiMINTa an vier weiteren hessischen Standorten in Kassel (Schülerforschungszentrum), Marburg (Chemikum), Gießen (Mathematikum) und Darmstadt (Abenteuer Technik) gestartet wurde. Durch dieses Projekt wird die bisher schon gute Zusammenarbeit der hessischen ScienceCenter weiter gestärkt.

Der Informatik-Bereich ist in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt entstanden und stößt auf großes Inte-



resse bei Fachoberschülern und anderen Klassen der Beruflichen Schulen.

Die Entwicklung von ExperiMINTa zum außerschulischen Lernort macht große Fortschritte:

- ↳ Es werden regelmäßig Informationsnachmittage kostenfrei für Lehrkräfte angeboten.
- ↳ Für die Vor- und Nachbereitung des Besuchs gibt es einen umfangreichen Katalog, Arbeitsblätter können im Internet heruntergeladen werden.
- ↳ Regelmäßige Besuche von Studierenden der Fachschule für Sozialpädagogik zeigen das Interesse an dem pädagogischen Konzept von ExperiMINTa.

Um dem Eventbedürfnis unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen veranstaltet das ScienceCenter auch Sonderführungen für Lehrerkollegien, Ausbildungsabteilungen und sogar Kindergeburtstage. Flugsimulator, Teufelsrad und Flammrohrvorführung sind begehrte Highlights.

Die Evaluationsergebnisse sind durchgehend positiv, durch Mundpropaganda und Presseberichte ist ExperiMINTa inzwischen ein Markenname.

Informationen unter [www.experiminta.de](http://www.experiminta.de)

*Boris Gudenau*



# „XENOS IST GUT FÜR DIE SCHULE!“

... stellte der Leiter der Adolf-Reichwein-Schule beim letzten Treffen fest und nicht nur, weil dank der finanziellen Hilfe Lehr- und Arbeitsmittel oder Kleinmaschinen angeschafft wurden, sondern auch wegen der Programmatik, Schüler/innen aktiv zu unterstützen und zu stärken.

Nun ist es eine Binsenweisheit, ohne politische Unterstützung lassen sich Reformansätze kaum umsetzen. Umso schöner ist es, dass sich auch Bundestagsabgeordnete konstruktiv einbringen. Die Berichte vor allem der Jugendlichen haben den Bundestagsabgeordneten und Staatsminister Dr. Helge Braun überzeugt. Er kommt zu dem Schluss, dass der Mittelantrag in Höhe von 3 Mill. EUR für das XENOS-Programm gut angelegtes Geld sei. „Die Chancen, die wir Jugendlichen so eröffnen sind nachhaltig, ihre Talente können in besonderer Weise entdeckt und gefördert werden. Das ist für die jungen Menschen wichtig, aber auch für die regionale Wirtschaft, die engagierte Fachkräfte jetzt und in der Zukunft braucht. Die Berufsorientierung und -bildung ist die Basis für motiviertes und zielstrebiges Tun und dies schafft Erfolgserlebnisse – und stärkt das Selbstbewusstsein der Jugendlichen. Dies gilt es auch weiter zu unterstützen“.

Im Mittelpunkt des XENOS-Projektes steht die Kooperation mit den beruflichen Schulen, im Landkreis Gießen ist dies vor allem die Willy-Brandt-Schule. Dort finden für die Jugendlichen zahlreiche Workshops im Bereich Gastrogewerbe, Textil- und Holzverarbeitung, Farb- und Raumgestaltung statt.

Mit der Beruflichen Schule Butzbach kooperieren fünf Projektschulen – mittlerweile fest in den Stundenplänen verankert.

In Büdingen, einer XENOS-Projektschule des Wetteraukreises, gibt es zahlreiche Kooperationen mit der beruflichen Schule in Nidda und in Büdingen. Dort können die Schüler/innen an Schweißkursen teilnehmen, sich in den Bereichen Chemie, Metall, Elektro und Gesundheit ebenso erfahren wie im Berufsfeld Ernährung und Büro. Die Kooperationen sind mittlerweile fester Bestandteil des unterrichtlichen Geschehens. Nicht nur der Schuldezernent Helmut Betschel-Pflügel unterstützt die Projekte und die Schulen, sondern auch hier hat sich die regionale Politik eingebracht. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Tauber besucht öfters die Projekte und macht Mut, auf diesem Weg weiterzuarbeiten. Er setzt sich dafür ein, dass die Unternehmen der Region die Hürden für die Jugendlichen der Haupt- und Realschulen minimieren und Praktikumsplätze zur Verfügung stellen.

Alle Akteure sind sich einig, das Konzept von XENOS greift nicht nur, weil die Jugendlichen und Schulen eine monetäre Unterstützung erfahren, sondern auch, weil durch XENOS die Aus- und Weiterbildung durch das (bisherige) Landesschulamt eine besondere Förderung erfährt. So werden hessenweit Fortbil-

dungen zu den XENOS-Themen angeboten. Dazu gehören das Demokratielernen ebenso wie die Themen „Interkulturelle Kompetenzen fördern – Schulabbrüche verhindern“, „Menschenrechtsbildung und Partizipation in Schule und Unterricht“ u.a. Darüber hinaus werden Veranstaltungen gemeinsam mit der Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V. (GDCh) durchgeführt, in deren Mittelpunkt innovative Ansätze zu naturwissenschaftlichen Themen stehen. Kurse finden für Lehrkräfte zum Erwerb des Maschinscheins statt und auch für den Paddel-, Segel- und Kletterschein. Weiter gibt es Fortbildungen zum Umgang mit dem Fotostudio, die Sachzuwendungen ermöglichen, um die Fotostudios in der Lehrerbildung einzusetzen.

Die Bundesregierung wird im Rahmen einer ESF-Integrationsrichtlinie bis zum Jahre 2020 17,1 Mrd. EURO zur Verfügung stellen, so Dr. Braun. Er würde sich freuen, wenn die erfolgreichen Ansätze des XENOS-Programms auch über das Jahr 2014 ihre Förderung fänden.

Dies macht Mut, weitere Bundesanträge zu stellen, um innovative Ansätze in der Schule und den beruflichen Schulen fortzuführen.

*Aaron Löwenbein*



# WAS IST INKLUSION IN DER BB?

Während sich die Diskussion zur Inklusion in Deutschland vor allem auf Personen mit Behinderungen konzentriert, versteht die UNESCO Behinderung als soziale Kategorie, die alle Formen möglicher Behinderungen von gesellschaftlicher Teilhabe einbezieht. Inklusion in der Berufsausbildung wäre demnach erreicht, wenn alle interessierten jungen Menschen - unabhängig von ihren Fähigkeiten, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrer Behinderung oder anderer persönlicher Merkmale - einen unmittelbaren Ausbildungszugang fänden und bei Bedarf individualisierte Unterstützung erhielten. Die Realisierung eines solch weiten Inklusionsverständnisses würde die duale Berufsausbildung allerdings vor große Herausforderungen stellen und beträchtliche institutionelle Veränderungen notwendig machen.

Eine neue Dimension hat die Debatte durch die UN-Behindertenrechtskonvention erhalten, die im Jahr 2007 von Deutschland unterzeichnet wurde und 2009 in Kraft getreten ist. Die Konvention besagt in Artikel 24, dass bei der Verwirklichung des Rechtes auf Bildung die Vertragsstaaten sicherstellen, „dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Er-

wachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben.“ (Art. 24, Abs. 5)

Die öffentliche Diskussion um Inklusion kapriziert sich derzeit vor allem auf die allgemein bildenden Schulen. Zunehmend aber gibt es auch Veröffentlichungen, die Inklusion im Hinblick auf die Berufsbildung thematisieren. Hierzu einige neuere Veröffentlichungen:

- ☞ Inklusion in der beruflichen Bildung – Politische Forderungen der Initiative „Chance Ausbildung“
- ☞ Inklusion in der beruflichen Bildung – Daten, Fakten, offene Fragen (Euler/Severing)
- ☞ Berufsausbildung junger Menschen mit Behinderungen. Eine repräsentative Befragung von Betrieben (Enggruber/Rützel)
- ☞ Inklusion-Präsentation (Euler/Severing 5-2014)

(Alle Dokumente können unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) herunter geladen werden)

Dieter Staudt

Form gesellschaftlichen Umgangs mit Behinderung	Erklärung	Bsp.: Allgemeinbildende Schulen	Bsp.: Berufliche Bildung
<b>Exklusion</b> 	Ausschluss aus dem System	Befreiung von der Schulpflicht	Keine Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsmöglichkeit
<b>Separation</b> 	Aussondern von Menschen, die von der Norm abweichen	Förderschulen	Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (keine Ausbildungsmöglichkeit)
<b>Integration</b> 	Einbindung ins System, jedoch als Sonderweg	Integrationsklassen	Ausbildung von Menschen mit Behinderung zu „Fachpraktikern“ (nach §§ 66 BBiG/42 HwO)
<b>Inklusion</b> 	Zugehörigkeit aller Menschen. Systemanpassung an individuelle Voraussetzungen	Inklusive Schule	Ein flexibilisiertes System, das jedem Jugendlichen die Chance auf eine Berufsausbildung ermöglicht

# INKLUSION - DA KOMMT WAS AUF UNS ZU!

Mit diesem etwas mulmigen Gefühl haben sich Ende Juni viele Kolleginnen und Kollegen zum Vortrag „Berufliche Bildung – Ort der Inklusion“ von Prof. Josef Rützel im DGB-Haus in Frankfurt am Main eingefunden.

Die Fachgruppe Berufliche Schulen hat den mittlerweile emeritierten und nicht nur in GEW-Kreisen bekannten Professor für Berufspädagogik der TU Darmstadt eingeladen, das Thema Inklusion und die Herausforderungen für die Beruflichen Schulen vorzustellen. Zunächst konstatierte Rützel, dass das Thema in den Beruflichen Schulen noch nicht angekommen sei.

Das Thema Inklusion, das durch die UN-Behindertenrechtskonvention auf das deutsche Schulsystem zugekommen ist und umgesetzt werden muss, zeigt die ganze Brüchigkeit des dreigliedrigen Schulsystems, das – so Professor Rützel am Schluss seines Vortrags – nicht zukunftsfähig sei.

Inklusion, von lat. „integer“, bedeutet „einschließen“ und beschreibe die Wiederherstellung eines Ganzen oder soziologisch die Etablierung der Vielfalt von einzelnen Personen und Gruppen zu einer kulturellen Einheit. Inklusion ist Menschenrecht. Im Bildungsbereich heiße das: Chancengleichheit für alle Menschen. Für die GEW eigentlich nichts Neues.

Bei der Inklusion gehe es nicht nur um körperbehinderte, lernbehinderte und verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler, sondern auch um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie denen aus sozial und ethnisch benachteiligten Schichten der Bevölkerung. Von Behinderung spreche man dann, wenn der Entwicklungsstand mehr als sechs Monate hinter dem der Altersstufe

entsprechenden Level liege.

Zurzeit bereiten sich die Grundschulen auf deutliche Zuwächse an inklusiv zu beschulenden Kindern vor. Hier herrsche große Verunsicherung, da es bisher keine organisatorische und pädagogische Vorbereitung gäbe, so Marina Möller aus dem Gesamtpersonalrat des Staatlichen Schulamts Hanau. Für die Kinder und die Grundschullehrerinnen und -lehrer sei dies eine unhaltbare Situation. Die Umstellung auf inklusive Beschulung sei schwierig, aber unumkehrbar und in allen Bereichen der Gesellschaft für die Zukunft elementar wichtig, so Professor Rützel. Norwegen und die Schweiz haben in Langzeitstudien nachweisen können, dass inklusiv beschulte Kinder deutlich erfolgreicher seien.

Ferner stelle der demografische Wandel, sprich: eine rasch alternde Bevölkerung, wachsende städtische Ballungsgebiete auf der einen und bevölkerungsärmere ländliche Räume auf der anderen Seite, in naher Zukunft auch die Beruflichen Schulen vor neue Herausforderungen. Die Schülerzahlen gingen bis 2030 je nach Region um bis zu 30 Prozent zurück. Der damit einhergehende Fachkräftemangel, der heute schon beklagt werde, mache es erforderlich, noch stärker auf die sogenannten Reservoirs des Arbeitsmarktes zurückzugreifen: Frauen, ausländische Jugendliche und Ältere. Inklusion, so Rützel, sei deshalb nicht das Problem, sondern die Lösung.

In der sich anschließenden Diskussion wurde sehr schnell deutlich, dass die Inklusion als solche nicht abgelehnt,

aber angesichts der enormen, nicht gelösten Aufgaben in der Praxis auf erhebliche Widerstände vor Ort stoßen werde. Könnte es da nicht sogar sein, so ein Besucher der Veranstaltung, dass mit der Inklusion und der sich daraus ergebenden Schließung der Förderschulen wieder einmal kräftig zu lasten der Lehrkräfte gespart werden soll (Förderschulen seien vergleichsweise sehr kostenintensiv) und damit dann sogar die zarten Pflänzchen gelungener Integration gleichsam plattgebügelt würden?

Rützel konnte natürlich keine Vorhersagen über die politische Umsetzung der Inklusion machen, die Arbeitsbelastung gerade in der Phase der Umsetzung sei eine große Variable, die durch eine Bewusstseinsänderung allein nicht gelöst werden könne. Die Vorteile würden allerdings überwiegen. „Man stützt sich als Lehrkraft gern auf Routinen. Neues bereitet Ängste und anfangs mehr Arbeit“, so Professor Rützel abschließend, „aber dieses Mehr an Arbeit wird sich letztendlich auszahlen.“

**Günther Fecht**

*Die von Prof. Rützel verwendete Powerpoint-Präsentation kann bei der Redaktion angefordert werden.*





**A**llgemeine Themen waren die Aufsichtsverordnung, Lernmittelfreiheit und der Umgang mit Kettenverträgen.

Im Beruflichen Bereich standen die Zukunft der ESF-Förderung (SchuB, EIBE), Fachklassenstandorte, Ausschreibung von SL-Stellen und die Vollzeitformen im Mittelpunkt.

## **L**ernmittelfreiheit

Im Rahmen der Diskussion der Richtlinie zum Umgang mit LMF-Mitteln sprach der HPRLL das Thema an, dass im Laborunterricht an allgemeinbildenden Schulen ohne Probleme Gegenstände für die Hand der Schülerinnen und Schüler angeschafft werden können. Im Bereich Berufliche Schulen sei dies schwieriger, wo z. B. Mittel für Anwenderprogramme oder Druckerpatronen bei Medienberufen umständlich beantragt werden müssen und oft abgelehnt werden. Die Dienststelle sicherte zu, dass eine Beantragung mit einer einfach auszufüllenden Vorlage möglich sei.

## **A**ufsichtsverordnung

Im Dezember 2013 legte das HKM einen Entwurf der Aufsichtsverordnung vor. In der Erörterung und seiner Stellungnahme kritisierte der HPRLL die Regelungen massiv. Trotz der fundierten Kritik wurde die Verordnung im Amtsblatt 1/2014 veröffentlicht. Nicht lange nach der Veröffentlichung setzte ein wahrer Shitstorm ein. Presse, Elternverbände und Kollegien liefen Sturm gegen die Verordnung.

Dem HPRLL wurde in der letzten Sitzung vor den Ferien ein neu-

er Entwurf vorgelegt. Darin wurden die wichtigsten Kritikpunkte des HPRLL aufgegriffen. At- Fachlehrer\_innen können wieder im fachpraktischen Unterricht Aufsicht führen. Die Dienststelle gab zu Protokoll, dass es weiterhin möglich ist, dass Berufsschullehrkräfte mit Übungsleiter-schein fachfremd Sportunterricht erteilen können.

## **S**chulverwaltung

Die Neuordnung der Schulverwaltung hat die Vorgabe, rund 100 Stellen zu streichen. Was somit als Verwaltungsvereinfachung daher kommt ist meistens nur eine Stelleneinsparung mit der Folge, dass Verwaltungsaufgaben auf Schulen verlagert werden.

Die Abteilung Berufliche Schulen im Ministerium wurde zum 1. Juli aufgelöst. Übrig blieben gerade einmal zwei Referate. Die kontaktierten Sozialpartner (DGB, Kammern und vhu) kritisierten zwar die Auflösung der Abteilung, sie wollten sich jedoch nicht öffentlich für einen Erhalt der Abteilung engagieren. Begründung: Die personelle Besetzung der Abteilung.

Die Schulämter sollen alle erhalten bleiben. Nach Aussage der Dienststelle soll es auch weiterhin Schulfachliche für Berufliche Schulen an allen Schulämtern geben.

## **F**achklassenstandorte

Der HPRLL diskutierte mit der Dienststelle den Entwurf für die Festlegung von schulträgerübergreifenden Fachklassen. Der Entwurf schreibt im Wesentlichen die bisherigen Befri-

stungen weiter. Es ist aber davon auszugehen, dass bei der Neuordnung 2017 in vielen beruflichen Schulen Entscheidungen zum Weggang oder zum Erhalt von Berufsfeldern und Berufen anstehen. Zur Vorbereitung und Umsetzung dieser Entscheidungen in 2017 gab der HPRLL eine umfangreiche Stellungnahme ab, die unter [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de) angefordert werden kann.

## **F**ortbildung Büroberufe

Die Fortbildungs Sondermaßnahme für die neugeordneten Büroberufe läuft an. Die Beschreibung der Maßnahme ist im Amtsblatt 7-2014 veröffentlicht. Der HPRLL ist in der begleitenden Arbeitsgruppe vertreten. Anregungen, Kritik usw. bitte an [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de) senden.

## **V**ollzeitformen

Bei den Stellungnahmen der Dienststelle zu Schulentwicklungsplänen war auffällig, dass alle Anträge zur Neueinrichtung von Vollzeitschulformen und Fachrichtungen in Beruflichen Schulen abgelehnt wurden. Die Dienststelle antwortete auf die Frage nach einer Begründung: Dies fordere man von ihr. Auf Nachfrage antwortete die Dienststelle: „Die Wirtschaft!“ Die Bildungsinteressen der jungen Menschen scheinen für dieses Ministerium oder zumindest die Berufler in diesem Ministerium keine Rolle mehr zu spielen.

## **A**usschreibung von SL-Stellen

Der HPRLL kritisierte, dass Er-

fahrung in der Bildungsverwaltung als zwingende Voraussetzung bei allen Ausschreibungen von Schulleiter\_innenstellen im Bereich der Beruflichen Schulen gesetzt werde, im Unterschied zu anderen Schulformen. Da es keine Rotation im Schulbereich gibt, sei eine solche Voraussetzung für Bewerbungen rechtlich nicht zulässig. Die Abordnungen ins Ministerium werden zwar ausgeschrieben, im Bereich der StSchÄ gibt es dies eher selten. So kommt eine Abordnung in die Bildungsverwaltung fast ausschließlich durch persönliche Kontakte zustande und nicht im Rahmen eines transparenten Verfahrens. Die Dienststelle antwortete, dass die Entwicklung der Beruflichen Schulen zu immer mehr Selbstständigkeit ursächlich für die Vorgabe sei. Dazu sei in immer höherem Maß Verwaltungs-kompetenz zwingend erforderlich.

Also: erstens: ein guter SL muss erst einmal Akten im Schulamt oder Ministerium geschleppt haben und zweitens: die Selbständige Schule ist ein Projekt zur Verlagerung von Verwaltungsaufgaben an Schulen.

Darüber hinaus kritisierte der HPRLL die Einengung des Bewerber\_innenfeldes durch diese zwingenden Voraussetzungen. Die Konsequenzen werden jetzt schon sichtbar. Eine nicht geringe Zahl von SL-Stellen musste mehrmals ausgeschrieben werden mit Konsequenzen für die Belastungen der Schulleitungen und der Kollegien.

Der HPRLL hat aufgrund des Personalvertretungsgesetzes keine Mitbestimmung bei der Besetzung von SL-Stellen. Einzig die Konkurrenzenklage kann die Dienststelle rechtlich dazu zwingen, von ihrem rechtswidrigen Vorgehen Abstand zu nehmen. Für GEW-Mitglieder bietet der

GEW-Rechtsschutz dabei Unterstützung.

## Zukunft der ESF-Förderung (EIBE und SchuB)

Die Dienststelle berichtete dem HPRLL, dass es nur noch ein Projekt geben soll mit Schwerpunkt in der Sekundarstufe I. Ziel sei die Erlangung des HSA und der „Ausbildungsreife“. Das Projekt gliedert sich in zwei Phasen. Phase A in der allgemeinbildenden Schule und Phase B in der Beruflichen Schule.

In den Beruflichen Schulen sei die Zielgruppe Abgänger aus Phase A ohne HSA und andere Jugendliche ohne HSA. Es sei nur 1 Jahr vorgesehen, 2 Jahre (wie bei EIBE II) seien nicht mehr möglich. Die Jugendlichen sollen 4 Tage in der Schule sein und 1 Tag im Betrieb. Stellenzuweisung und Gruppengröße seien wie bei EIBE. Geplant wird mit 84 Gruppen mit je einer Viertel Soz-Päd-Stelle. Die sozialpädagogische Betreuung soll aus ESF-Mitteln finanziert werden. Gelder für Sachmittel werden reduziert zur Verfügung stehen, dann aber aus Landesmitteln finanziert, ohne die bürokratischen Vorgaben des ESF.

Während für das Schuljahr 2014/15 noch Mittel (Sozialpädagogen und Sachmittel) für 187 EIBE-Klassen zur Verfügung stehen, wird es ab dem Schuljahr 2015/16 nur noch landesweit 84 Klassen geben, also mehr als eine Halbierung der Mittel.

Die Proteste haben zwar gewirkt, die Beruflichen Schulen gehen nicht ganz leer aus. Aber im kommenden Schuljahr ist noch einiges an politischer Überzeugungsarbeit auf allen Ebenen notwendig.

*Ralf Becker*





# Werkhof Darmstadt e.V.

**Herrn Minister für Wissenschaft und Kunst**  
**Sehr geehrter Herr Rhein,**

**30.05.2014**

wie wir der Presse entnommen haben, werden aus der Bafög-Reform Mittel frei, welche für Bildung eingesetzt werden sollen. Das ist eine erfreuliche Nachricht!

Wir möchten Sie deshalb darauf hinweisen, dass bei den Bildungsanstrengungen in Deutschland und in Hessen vor allem sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene dringendst eine berufliche Bildung benötigen und diese durch massive Kürzungen des Landes und des Bundes seit geraumer Zeit nicht mehr z.B. in Form einer außerbetrieblichen Ausbildung möglich sind. Nach dem letzten Datenreport des BiBB (2013) sind in Deutschland 2,2 Mio junge Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren ohne berufliche Qualifikation!! 266.000 junge Menschen befinden sich in sog. „Maßnahmen“, die zu keinem Bildungs- und Berufsabschluss führen. Diese jungen Menschen werden leider von den Betrieben i.d.R. nicht in betriebliche Ausbildung aufgenommen, da deren soziale, schulische und oft auch sprachliche Voraussetzungen als nicht ausreichend angesehen werden – trotz permanent beklagtem Fachkräftemangel (derzeit sind es nur noch ca. 20% der Betriebe die ausbilden).

Für diese Jugendlichen (viele davon mit Migrationshintergrund) – allein in Darmstadt sind es über 1.000 Jugendliche – bestünde die Möglichkeit einer beruflichen In-

tegration nur über außerbetriebliche Ausbildungsplätze, die eine sozialpädagogische Betreuung mit Nachhilfe- und Stützunterricht mit beinhalten.

Setzen Sie diese Mittel deshalb für die außerbetriebliche Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen ein! Das ist die sinnvollste Bildungsinvestition. Hessen hat sich in den letzten Jahren davon verabschiedet. Wir kennen die Gründe nicht. Viele der von uns betreuten Jugendlichen befinden sich nach sinnlosen Warteschleifenkursen wie z.B. berufliche Orientierung, Berufsvorbereitung, Vorqualifikationskurse und wie sie alle heißen nicht in einer betrieblichen Ausbildung, sondern (wieder) im Knast!! Ein Knastmonat kostet 3.000 €, ein Ausbildungsmonat kostet 1.500 €, also die Hälfte (von den Folgekosten bei Nichtausbildung ganz zu schweigen).

Das Land sollte nicht in perspektivlose Maßnahmen wie Knastaufenthalt, sinnlose Warteschleifen und andere perspektivlose Übergangsmaßnahmen investieren. Was gesellschaftlich Sinn macht ist ein generationenübergreifendes Konzept zur permanenten gesellschaftlichen Erneuerung unter Einbeziehung von Allen. Darin spielt die berufliche Bildung eine zentrale Rolle, und zwar für Alle, zumindest für alle die das wollen. Es kann nicht sein, dass Jugendliche aus bildungsnaher

Herkunft ihre (Hochschul-) Ausbildung vom Staat über viele Jahre finanziert bekommen und die bildungsfernen Jugendlichen bekommen noch nicht einmal eine einfache Berufsausbildung und werden auf diese Weise ins Hartz-IV-Aus gesteuert. Wir können es uns nicht leisten, Jugendliche dauerhaft auf diese Weise beruflich und damit gesellschaftlich auszugrenzen. Die große Koalition hat zudem eine Ausbildungsgarantie für alle ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen vereinbart. Tragen Sie dazu bei, dass diese Ausbildungsgarantie jetzt umgesetzt wird!

So wie wir vom Werkhof Darmstadt e.V. denken viele soziale Träger. Angesichts der desaströsen Lage im Bereich der außerbetrieblichen Ausbildung ist bei den Trägern Untergangsstimmung angesagt!

Handeln Sie jetzt! Investieren Sie in die berufliche Bildung von benachteiligten Jugendlichen! Wir erwarten Ihre konstruktive Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

**Wolfgang Jakob**  
**Werkhof Darmstadt e.V.**  
[www.werkhof-darmstadt.de](http://www.werkhof-darmstadt.de)

Zum Redaktionsschluss lag noch keine Antwort vor!!!!



# KMK ZU LEHREREINSTELLUNGSBEDARF UND –ANGEBOT 2012–2025

## Lehrämter für den Sekundarbereich II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen

Bei den Lehrämtern für den Sekundarbereich II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen ist bundesweit bei durchschnittlich 2.900 kalkulierten Neubewerbern im Verhältnis zum gleichhohen Einstellungsbedarf in den Jahren 2012 bis 2025 eine relativ ausgeglichene Situation zu erwarten. Der Einstellungsbedarf kann demnach im Durchschnitt gedeckt werden.

In den westdeutschen Ländern setzt nach 2014 eine Kehrtwende ein, weg von einer deutlichen Unterdeckung hin zu einer komfortablen Bewerbersituation. In den ostdeutschen Ländern sind die Vorzeichen entgegengesetzt. Ab 2014 übersteigen die Bedarfe das Angebot an Lehrkräften bei den Lehrämtern für den Sekundarbereich II (berufliche Fächer) oder für

die beruflichen Schulen. Über den gesamten Prognosezeitraum kann von einer rechnerischen Unterdeckung in den ostdeutschen Ländern von 30 % ausgegangen werden, was wiederum im Durchschnitt 200 fehlenden Lehrkräften im Jahr entspricht.

*Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20.06.2013 - [www.kmk.org.de](http://www.kmk.org.de)*

*Unter derselben Homepage ist eine Übersicht über die Pflichtstunden der Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen in der Bundesrepublik - Schuljahr 2013/2014 - Stand: August 2013 einzusehen und herunter zu laden.*

## Lehrereinstellungsangebot und -bedarf „Lehrämter für den Sekundarbereich II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen“ 2012 bis 2025

	westdeutsche Länder			ostdeutsche Länder <sup>1)</sup>			Deutschland		
	LEB	LEA	Saldo	LEB	LEA	Saldo	LEB	LEA	Saldo
2012	3.000	2.400	-500	270	260	-10	3.200	2.700	-500
2013	4.500	2.400	-2.100	220	240	20	4.700	2.600	-2.100
2014	2.700	2.500	-160	300	270	-60	3.000	2.800	-220
2015	2.200	2.500	310	400	260	-120	2.500	2.700	190
2016	2.400	2.500	130	500	330	-150	2.900	2.800	-20
2017	2.200	2.500	340	500	360	-170	2.700	2.900	200
2018	1.700	2.600	900	600	430	-170	2.300	3.100	730
2019	2.000	2.500	540	600	430	-190	2.600	3.000	360
2020	1.900	2.500	670	700	470	-210	2.500	3.000	460
2021	2.400	2.500	200	700	470	-230	3.100	3.000	-70
2022	2.200	2.500	350	700	440	-230	2.900	3.000	120
2023	2.100	2.500	400	700	450	-260	2.800	3.000	140
2024	1.900	2.500	590	700	450	-270	2.700	3.000	330
2025	1.500	2.500	1.040	700	430	-230	2.200	3.000	800
<b>Durchschnitt 2012 bis 2025</b>	2.300	2.500	200	500	400	-200	2.900	2.900	-

Anmerkungen: Durch gerundete Werte können Abweichungen entstehen.

1) Einschließlich Berlin.

**LEB = Lehrerbedarf**

**LEA = Lehrerangebot**

# neue Publikationen

## Den Schatz der beruflichen Bildung heben

Mit dieser Veröffentlichung will die GEW auf das enorme Potential, das die berufliche Bildung bietet, aufmerksam machen. Die Texte umfassen das gesamte Themenspektrum von der dualen Ausbildung in Betrieb und berufsbildender Schule über vollzeitschulisches praxisbezogenes Lernen und Bildungsgänge der beruflichen Fortbildung bis hin zur Ausbildung der Lehrkräfte selbst.

Anerkennung der beruflichen Bildung gegenüber der allgemeinen Bildung als gleichwertig, Verwirklichung des Rechts auf „Ausbildung für alle“ in öf-



fentlicher Verantwortung und Berufsbildende Schulen als Wegweiser für ein emanzipatives arbeits- und lebensweltorientiertes Lernen sind gewerkschaftliche Eckpfeiler (Erhältlich unter [www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de))

## Friedrich Jahresheft „Fördern“

Fördern ist seit jeher eine zentrale und anspruchsvolle Aufgabe für Lehrerinnen und Lehrer. In den letzten Jahren erlebt das Thema einen regelrechten Boom, nicht zuletzt unter den Vorzeichen von Heterogenität und Inklusion. Damit stellt sich die Frage, wie diese drängende Aufgabe gut gelöst werden kann. Fest steht: Um in ihrem täglichen Unterricht eine gute Förderpraxis entfalten zu können, benötigen Lehrerinnen und Lehrer umfangreiches Hintergrundwissen und konkrete Handlungskompetenz. Gleichwohl sind auch konkrete diagnostische Instrumentarien und Materialien für die Praxis notwendig.

Das Jahresheft „Fördern“ liefert beides.

## (Online-Shop unter [www.friedrich-verlag.de](http://www.friedrich-verlag.de)) Feedback im Unterricht

Feedback als systematisches Gespräch über Lernen und Unterricht ist sinnvoll und fördert den Lernerfolg. Die Erfahrungsberichte im Schwerpunkt dieses Heftes (Pädagogik 4-14, [www.beltz-paedagogik.de](http://www.beltz-paedagogik.de)) greifen Möglichkeiten von Feedbackarbeit auf:

- ▶ Wie kann Feedback eingeführt werden und welche Verfahren eignen sich dafür?
- ▶ Wie kann kooperatives Lernen und individualisierter Unterricht durch Feedback unterstützt werden?
- ▶ Wie können fachliche Lernprozesse durch Feedback sichtbar gemacht werden und den Dialog über fachliches Lernen ermöglichen?
- ▶ Wie können Feedbackverfahren helfen, den Unterricht mit den Augen der Schüler(innen) zu sehen und weiterzuentwickeln?
- ▶ Wie kann Feedbackarbeit im Kollegium entwickelt und verbindlich gemacht werden? (J. Bastian)



# ILAN GOREN - AUF DEN SPUREN DER VERGANGENHEIT

Ein junger Israeli kommt nach Berlin, um seinen deutschen Wurzeln nachzuspüren. Über diese Zeit hat er ein sehr humorvoll-kritisches Buch geschrieben: „Wo bist du, Motek?“



Die immer im Frühjahr stattfindende Leipziger Buchmesse ist längst auf Augenhöhe mit der Frankfurter Buchmesse. Durch das dicke Gedränge führt Katharina Fiddeke vom Graf-Verlag den Buchautor Ilan Goren, einen kritischen Journalisten aus Israel, zum Stand des Ullstein Verlages, an dem ich um 12.30 Uhr zu einem Interview mit ihm verabredet bin. Ilan Goren, 39, sehr sympathisch und äußerst sprachgewandt, ist im Jahre 2010 als Auslandsreporter des israelischen Senders „Channel 10“ für zwei Jahre nach Berlin gekommen. In dieser Zeit kamen laufend Aufträge aus der Redaktion in Tel Aviv, die immer hübsch, aber verbindlich mit den Worten „Wo bist du, Motek?“ (dt. Süßer) eingeleitet wurden und dann für Ilan sofortigen Einsatz bedeuteten, mal zum Brandenburger Tor, dann ein Flug nach München, Hamburg oder Oslo. Ilan Goren hat die Zeit in Berlin sehr genossen und dabei seine journalistische Tätigkeit mit der Suche nach seinen deut-

schen Vorfahren verknüpft.

In seiner Kindheit lernte er schon früh solch vermeintlich deutsche Tugenden wie Pünktlichkeit, Organisiertheit, Sauberkeit, kennen. Seine Mutter schwärmte für Deutschland, besonders Ritter Sport Schokolade, las ihm jeden Abend den Struwwelpeter vor und kaufte ihm - typisch Deutsch, wie sie meinte - orangene Socken, die ihn in Sandalen auf dem Schulhof zum Gespött seiner Mitschüler machten. Nach dem Tod seiner Mutter ergriff er die Chance, nach Deutschland zu gehen, um einmal das Deutsche so richtig kennenzulernen. Bereits nach kurzer Zeit erhielt er einen Anruf von einem korrekten Deutschen aus Münster, der nun gerne wissen wollte, was er mit den hinterlassenen Sachen der kürzlich verstorbenen Jutta Hellberg machen sollte, seiner Großmutter, die Ende 1932 mit ihren Eltern nach Palästina emigriert, aber 1962 allein nach Deutschland zurückgekehrt war.

Neben allerlei Sachen, für die



er keine Verwendung hatte, kam auch eine kleine „magische“ Kiste mit Dokumenten und Briefen seiner Urgroßeltern zum Vorschein.

In zwei geschickt miteinander verknüpften Handlungssträngen beschreibt er nun journalistisch seine alltäglichen Beobachtungen aus dem heutigen Berlin und verarbeitet die alten Dokumente und

Briefe literarisch zu einer wilden Erzählung aus dem Berlin der goldenen zwanziger Jahre.

Juda Hellberg war 1919 als junger Pole nach Berlin gekommen, um ein neues Leben aufzubauen. Schnell lernte der junge aufgeschlossene Immigrant christliche Frauen kennen, änderte seinen Vornamen in Joachim und machte als Architekt Karriere. Er gründete eine Familie, Kind Jutta kam und ein schönes Leben begann, bevor er dann bereits 1932 seine Arbeit aufgeben musste; aus antisemitischer Motivation seiner Vorgesetzten verlor er seine Stellung und wanderte mit seiner Familie nach Palästina aus.

Ilan beschreibt das heutige Berlin als eine „kultige“ Metropole mit hoher Anziehungskraft, eben genau wie damals in den Zwanzigern, mit grandiosem Kulturangebot und weltoffenem Flair.

Bundeskanzlerin Merkel laufe frei durch Berlin, kaufe sich ein Brötchen, ein Bodygard in fünfzig Metern Entfernung, das sei doch in vielen Ländern, besonders USA und Israel, absolut undenkbar.

Erleichtert wies Gören darauf hin, dass das H-Wort in keinem seiner vier Vorträge auf der Buchmesse bisher gefallen sei. Er sehe das Wort Holocaust auch für Juden als belastend, um ein ungezwungenes Gespräch zu führen. Offen kritisierte er israelische Politiker, die diese Aura in ihren Gesprächen mit deutschen Politikern quasi als Kreditkarte nutzten, um U-Boote, Leopard-Panzer oder andere Güter zu erhalten.

Seit fast zwei Jahren lebt Ilan, mittlerweile verheiratet, ein Kind, in Moskau. Bin einmal gespannt, was da noch kommt!

*Günther Fecht, M.A.*



# LEHRERBILDUNG FÜR BERUFLICHE SCHULEN – AGRARWIRTSCHAFT

## **Kooperation TU Darmstadt - Hochschule Geisenheim**

Nach intensiven Vorgesprächen mit dem Hessischen Kultusministerium, dem Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen-Thüringen e. V. und seinem Bundesverband sowie mit VertreterInnen beruflicher Schulen wurde am 09.12.2013 zwischen der TU Darmstadt und der Hochschule Geisenheim eine Kooperationsvereinbarung über ein **befristetes Modellprojekt** im Rahmen der Lehrerausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen in der beruflichen Fachrichtung Agrarwirtschaft mit den Schwerpunkten Gartenbau sowie Garten- und Landschaftsbau unterzeichnet. Die AbsolventInnen des Modellprojekts mit dem Studienabschluss Master of Education werden direkt für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst in Hessen qualifiziert. Ziel ist es, den Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften in diesem Bereich zu mildern. Während der Modellphase werden jedes Jahr maximal zehn Studierende in das Projekt aufgenommen. Die ersten Studierenden haben bereits ihr Masterstudium an der TU Darmstadt begonnen.

## **Hintergrund**

An mehreren beruflichen Schulen in Hessen werden junge Menschen im Rahmen des Berufsfeldes Agrarwirtschaft ausgebildet, dazu gehören Landwirte, Gärtner sowie Garten- und Landschaftsbauer. Insbesondere in der Ausbildung von Gärtnern sowie Garten- und Landschaftsbauern gibt es einen erheblichen Lehrkräftebedarf an den beruflichen Schulen.

In der gesamten Bundesrepublik Deutschland finden sich allerdings kaum lehramtsspezifische Stu-

dienmöglichkeiten für zukünftige LehrerInnen in diesen Bereichen. Die wenigen Studienabgänger reichen bei Weitem nicht aus, den Bedarf an Lehrkräften an den beruflichen Schulen zu decken. Dies führt auch in Hessen dazu, dass der Bedarf häufig durch Sonderregelungen gedeckt wird, z. B. durch die Anerkennung von Diplom- und Masterabschlüssen universitärer Gartenbaustudiengängen als Erste Staatsprüfung. Diese Anerkennungen sind jeweils Einzelfallentscheidungen und auf Dauer nicht zufriedenstellend.

Das Hessische Kultusministerium ist sehr daran interessiert, dass auch in den o. g. Bereichen LehrerInnen unterrichten, die fachwissenschaftlich, fachdidaktisch und pädagogisch sehr gut ausgebildet sind. Deshalb hat es mit Schreiben vom 01.09.2010 die beiden Hochschulen gebeten zu prüfen, inwieweit es möglich ist, ein Studienprogramm für eine begrenzte Anzahl von Studierenden zu entwickeln.

Da es u. a. aus Kostengründen nicht realisierbar ist, für diese zahlenmäßig eher kleine Gruppe einen eigenen grundständigen Lehramtsstudiengang an einer Universität einzurichten, liegt die Lösung des Problems in der Nutzung vorhandener Kompetenzen an verschiedenen Hochschulstandorten im Sinne einer synergetischen Kooperation. Das akkreditierte Bachelor-Master-Modell der Lehrerausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen der TU Darmstadt, das konzeptionell die Anschlussmöglichkeit für AbsolventInnen von Fachhochschulen als sogenannte „Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger“ in den Masterstudiengang bietet, eignet

sich hervorragend für eine Kooperation.

Per Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom 20.01.2014 wird den AbsolventInnen, die im Rahmen des Modellprojekts den Abschluss Master of Education in der beruflichen Fachrichtung Agrarwirtschaft mit den Schwerpunkten Gartenbau oder Garten- und Landschaftsbau in Kombination mit einem allgemein bildenden Unterrichtsfach aus dem geregelten Fächerkanon an der TU Darmstadt erworben haben, die Zulassung zum Vorbereitungsdienst in Hessen garantiert.

## **Lehrerausbildung für Quereinsteigerinnen bzw. Quereinsteiger**

Seit vielen Jahren können an der TU Darmstadt AbsolventInnen von Fachhochschulen als sogenannte „Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger“ in sieben beruflichen Fachrichtungen (Bautechnik, Chemietechnik, Druck- und Medientechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik, Informatik, Körperpflege und Metalltechnik) in den Studiengang Lehramt an beruflichen Schulen eingeschrieben werden. Die berufliche Fachrichtung wird kombiniert mit den Erziehungswissenschaften und mit einem Fach (Deutsch, Ethik, Geschichte, Informatik, Mathematik, Physik, Politik und Wirtschaft, evangelische und katholische Religion sowie Sportwissenschaft).

Damit auch die Lehrerausbildung der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger der „*Rahmenvereinbarung über die Ausbildung und Prüfung für ein Lehramt der Sekun-*

darstufe II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen (Lehramtstyp) – Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.05.1995 i. d. F. vom 06.12.2012“ entspricht, werden zur Zulassung zum Masterstudium Auflagen festgelegt. Das bedeutet, dass Module (Lehrveranstaltungen) im Umfang von 30 Credits aus dem Bachelorstudium mit Abschluss Bachelor of Education bis zur Meldung der Masterthesis (Abschlussarbeit) nachgeholt werden müssen. Im Einzelnen handelt es sich um 5 Credits Erziehungswissenschaften, 10 Credits Schulpraktische Studien 1.1 und 1.2 (zwei Semester), 5 Credits Fachdidaktik der beruflichen Fachrichtung und 10 Credits Fachwissenschaft des Unterrichtsfachs. Im Übrigen ist das Masterstudium für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie für AbsolventInnen mit dem Abschluss Bachelor of Education identisch.

### Durchführung des Kooperationsvorhabens

Curriculare Grundlagen des Modellprojekts sind der Bachelorstudiengang Gewerblich-technische Bildung mit dem Abschluss Bachelor of Education, der Masterstudiengang Lehramt an beruflichen Schulen mit dem Abschluss Master of Education der TU Darmstadt sowie der Bachelorstudiengang Gartenbau mit dem Abschluss Bachelor of Science und der Bachelorstudiengang Landschaftsarchitektur, Schwerpunkt Garten- und Landschaftsbau mit dem Abschluss Bachelor of Engineering der Hochschule Geisenheim.

Im Rahmen des Modellprojekts werden Studierende mit der beruflichen Fachrichtung Agrarwirtschaft mit Auflagen zum Masterstudiengang zugelassen. Der fachwissenschaftliche Anteil der beruflichen Fachrichtung wird im Rah-

men des Regelangebots der Bachelorausbildung an der Hochschule Geisenheim abgeschlossen und von der TU Darmstadt anerkannt. Der fachwissenschaftliche Anteil der beruflichen Fachrichtung, die Fachdidaktik der beruflichen Fachrichtung und die fachdidaktisch orientierten Schulpraktischen Studien 2 werden während des Modellprojekts von der Hochschule Geisenheim inhaltlich verantwortet. Die anderen Studienanteile in der Masterphase sind Teile des vorhandenen Regelangebots der TU Darmstadt.

Die Besonderheit des Kooperationsvorhabens zwischen der TU Darmstadt und der Hochschule Geisenheim besteht darin, dass von den o. g. 30 Credits Auflagen mindestens 15 Credits und maximal 20 Credits bereits im Rahmen des Wahlpflichtbereichs der Bachelorstudiengänge erbracht werden können. In der **Bachelorphase** sind die TeilnehmerInnen des Projekts Studierende der Hochschule Geisenheim und bekommen die Möglichkeit, bis zu 20 Credits der Auflagen zu erwerben, davon 15 Credits an der TU Darmstadt. In der **Masterphase** sind die TeilnehmerInnen des Projekts Studierende der TU Darmstadt. Das Masterstudium hat einen Umfang von 120 Credits. Die Module Fachdidaktik der beruflichen Fachrichtung (10 Credits) und Schulpraktische Studien 2 (10 Credits) werden von der Hochschule Geisenheim angeboten und von der TU Darmstadt importiert. Die übrigen 100 Credits gehören zum Regelangebot der TU Darmstadt.

Der akademische Grad lautet: Master of Education (M. Ed.). Der Studi-

enabschluss ist eine Kombination aus einer beruflichen Fachrichtung und einem Fach. Beispiel:

- Master of Education Agrarwirtschaft – Schwerpunkt Gartenbau und Mathematik.

Um in das Modellprojekt aufgenommen zu werden, beantragen die Studierenden bei der Hochschule Geisenheim bis zum 15.02. eines jeden Jahres formlos die Aufnahme in das Projekt. Rechtzeitig davor findet eine Infoveranstaltung an der Hochschule Geisenheim statt. In dieser Veranstaltung wird die Hochschule Geisenheim durch das Zentrum für Lehrerbildung der TU Darmstadt unterstützt. Es werden maximal zehn BewerberInnen jährlich in das Projekt aufgenommen. Die Auswahlkriterien werden durch die Hochschule Geisenheim festgelegt.

Das Ziel des Modellprojekts ist erreicht, wenn innerhalb der Projektlaufzeit ca. 75 % der aufgenommenen Studierenden das Studium mit dem akademischen Grad Master of Education (M. Ed.) der TU Darmstadt abschließen. Spätestens bis zum 31.01.2017 wird über eine Verstetigung des Vorhabens entschieden.

**Burkhard Bendig,**  
*Ehemaliger Geschäftsführer des Zentrums für Lehrerbildung der TU Darmstadt*



Unterzeichnung des Kooperationsvertrags am 09.12.2013 durch Vertreter der Fachverbände, der Hochschule Geisenheim, der TU Darmstadt und des Kultusministeriums  
Foto Hochschule Geisenheim

# LUDWIG ERHARD SCHULE (LES) LEBT TOLERANZ

Unter dem Motto ‚LES lebt Toleranz‘ fand an der kaufmännischen Ludwig-Erhard-Schule eine Themenwoche statt. Toleranz, Akzeptanz und Respekt innerhalb und außerhalb des schulischen Alltags und den Umgang damit in der Gesellschaft sollte für eine Woche Thema sein.

Die lokale Ausrichtung der LES mit im Wesentlichen dem Frankfurter Westen und seinen verschiedenen sozialen Brennpunkten als Einzugsgebiet begründet ganz unterschiedliche Konflikte. So müssen in einer von Vielfalt geprägten beruflichen Schule Einschätzungen und Wertschätzungen stets neu austariert werden. Aufgrund der Herkunft und des sozialen Hintergrunds der Schülerinnen und Schüler vor allem in den Vollzeitschulformen kommt es auch an der LES nicht selten zu verbaler Gewalt, gelegentlich auch zu körperlichen Übergriffen. So entstand die Idee, in Veranstaltungen für die ganze Schule, in einer Reihe von unterschiedlichen Projekten sowohl in den Teilzeit- als auch Vollzeitklassen oder in teilweise klassen- und jahrgangübergreifenden Lerngruppen an verschiedenen Lernorten das Thema Toleranz zu bearbeiten. Zumindest sollte sich kein Mitglied der Schulgemeinde in dieser Woche der Toleranz-Thematik entziehen können und in dieser Woche tatsächlich Toleranz leben.



Eine Klasse beschäftigte sich z.B. mit den Fragen, wie gehe ich eigentlich mit Obdachlosigkeit in Frankfurt um und in welcher Form begegnet mir diese. Dabei wurden gezielt Menschen in Frankfurt aufgesucht, die diese Art von Leben viele Jahre prägt. Die Lerngruppe konnte so hautnah mit betroffenen Menschen über das Leben auf der Straße sprechen, Einzelbiografien sammeln und bündeln und so vieles über Einzelschicksale erfahren.

Eine weitere Lerngruppe beschäftigte sich mit der Thematik Cybermobbing. Da das Verbreiten von unerwünschten Bildern oder falschen Aussagen über soziale Netzwerke im Hinblick auf die Auswirkung auf die Betroffenen oft unterschätzt wird, hatten sich die Schülerinnen und Schüler zum Ziel gesetzt, über die Folgen von Cybermobbing grundsätzlich aufzuklären. Es wurden Tipps und Anregungen beim täglichen Umgang mit sozialen Netzwerken gegeben, die in eine selbst erstellte Präsentation und einen Videoclip mit anschließender Diskussionsrunde mündete.

Die klassenübergreifende Lerngruppe „dialog singers“ präsentierte sich mit ihrem Chor vor rund 500 Schülern im Foyer der Ludwig-Erhard-Schule. Sich zu präsentieren, eine Botschaft zu vermitteln, fiel zunächst sehr schwer, bei „Oh happy day“ und „We are the World“ wurden die zuhörenden Schülerinnen und Schüler mitgerissen, so dass diese nach kurzer Zeit bei dem Refrain mitsangen.

Die Geschichte von Einwanderung und Auswanderung wurde in einem weiteren Projekt bearbeitet. Der Schwerpunkt dieser Lerngruppe richtete sich auf die Frage, welche Erfahrungen Ein- und Auswanderer von und nach Frankfurt in ihren unterschiedlichen Lebensläufen gesammelt haben. Dabei konnten die Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer Recherchearbeiten feststellen, dass die Begegnung mit dem Unbekannten für Emigranten und Immigranten stets eine Herausforderung darstellt. Toleranz und Akzeptanz gegenüber noch etwas Unbekanntem braucht Zeit und durch den Prozess des aufeinander Zugehens wird das Miteinander spürbar verbessert.

Eine Reihe weiterer Projekte rundete das Programm der Themenwoche ab. Dazu zählten Projekte wie „Frankfurt im Nationalsozialismus“, „die Geschichte hinter dem Stolperstein in Höchst“, „Menschen im Bahnhofsviertel“, „die Gestaltung von Buttons mit ausgewählten Aussagen zu Toleranz, Akzeptanz und Respekt“ oder „die Zubereitung und Verköstigung von Speisen und Getränken verschiedener Kulturen“.

Abgeschlossen wurde die Themenwoche mit einer Präsentation der verschiedenen Projekte am Freitag. Eine ganze Woche lang war so Toleranz das Thema an der Ludwig-Erhard-Schule.

**Ronny Schmitt**  
Fachbereichsleiter Politik



# a.t.-FL WEITERQUALIFIZIERUNG – ERSTES LICHT IM TUNNEL

Im Koalitionsvertrag steht: „Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit hinsichtlich der Mangelfächer an beruflichen Schulen eine Qualifizierung insbesondere der Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Arbeitslehre (Anmerkung der Red.: gemeint sind at-FL) in einem weiteren Fach ermöglicht werden kann.“ Im Ministerium gab es mehrere interne Runden zu dem Thema unter der Fragestellung, welche rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen notwendig sind, um zum einen für at-FL und zum anderen für FH-IngenieurInnen die Möglichkeit zu schaffen, mit angemessenem Aufwand ein vollwertiges Lehramt Berufliche Schulen zu erlangen.

## Erste Ergebnisse

Die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden im Wesentlichen geklärt. Es soll noch in die-

sem Jahr eine Initiative geben, das Lehrerbildungsgesetz zu ändern. In § 12 HLBG ist geregelt, dass für das Lehramt Gymnasium in den Fächern Musik oder Kunst das zweite Fach nur für die Mittelstufe studiert werden muss. Für das Lehramt an Beruflichen Schulen soll eine ähnliche Formulierung für das zweite Fach ins HLBG aufgenommen werden.

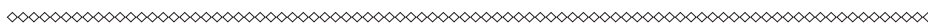
Der Vorteil wäre, dass die fachlichen Hürden in einer Weiterqualifizierungsmaßnahme für at FL und in einer Quereinstiegsmaßnahme für IngenieurInnen nicht zu hoch wären, aber trotzdem ein vollwertiges Lehramt Berufliche Schulen erlangt würde.

„Hoffe nicht ohne Zweifel  
und zweifle nicht ohne  
Hoffnung“  
(Seneca)

## Wertung

Nach jahrzehntelangen Diskussionen und Forderungen soll endlich eine Möglichkeit eröffnet werden, dass es in absehbarer Zeit zumindest für at-FL in Mangelfächern möglich wird, durch eine Weiterqualifizierung aufzusteigen. Zu begrüßen ist, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein gleichwertiges Lehramt geschaffen werden und dass der Aufwand minimiert werden soll. Die Planung und Umsetzung der Maßnahme muss durch GEW und Hauptpersonalrat intensiv und kritisch begleitet werden. Darüber hinaus muss der gewerkschaftliche Druck aufrechterhalten und verstärkt werden, damit die Möglichkeit der Aufstiegsfortbildung nicht nur in Mangelfächern umgesetzt wird, sondern für alle at-FL möglich wird.

Ralf Becker



19. Wahlperiode

Drucksache 19/705

## HESSISCHER LANDTAG

### Förderung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, welche Voraussetzungen notwendig sind, um Fachlehrerinnen und Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer (FlatF) an beruflichen Schulen eine Aufstiegsmöglichkeit über ein Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren zu ermöglichen. Dabei sind alle Kompetenzen zu berücksichtigen, die sich die FlatF während ihrer Ausbildung und auf ihrem bisherigen Berufsweg erworben haben. Um den derzeit bereits erkennbaren steigenden Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern mit dem Lehramt für berufsbildende

Schulen sicher zu stellen, ist besonders zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen interessierten FlatF eine Weiterqualifizierung durch ein berufs begleitendes Studium eines zweiten Unterrichtsfaches ermöglicht werden kann. Die Kosten eines solchen berufs begleitenden Studiums sind zu ermitteln. Über die Ergebnisse soll im Kulturpolitischen Ausschuss berichtet werden.

Wiesbaden, 17. Juli 2014

# ZUKUNFT DER FACHARBEIT

Seit mittlerweile zwei Jahrzehnten wird in der arbeitssoziologischen und bildungspädagogischen Diskussion das Ende der beruflichen Facharbeit in Deutschland heraufbeschworen. Demnach hat die Facharbeit als Fundament des deutschen Produktionsmodells ausgedient. Berufliche Qualifikationen taugten nicht mehr als Wettbewerbsvorteil in der internationalen Konkurrenz und als Grundlage der Organisation der Arbeit in den Betrieben. Die Begründungen für diese Diagnose sind vielfältig, konzentrieren sich aber allesamt auf Funktionsdefizite des deutschen Systems der beruflichen Ausbildung. Berufliche Facharbeit sei statisch und werde den laufend wechselnden Tätigkeitsanforderungen in flexiblen Beschäftigungssystemen nicht mehr gerecht; sie führe zu starrer Spezialisierung und blockiere eine prozessorientierte Reorganisation in den Unternehmen; und sie ignoriere die wachsende Bedeutung überfachlicher Kompetenzen, die in schulischer und tertiärer Bildung besser vermittelt würden als in der fachbezogenen Berufsausbildung.

Von solchen Endzeitvisionen der Facharbeit kann man sich getrost verabschieden. Facharbeit ist nach wie vor das qualifikatorische Rückgrat der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industriebetriebe. Nicht von ungefähr richten deutsche Unternehmen bei der Gründung von Auslandsstandorten häufig in einem ersten Schritt Ausbildungsbetriebe ein, die den neu rekrutierten Beschäftigten fachliche Qualifikationen nach deutschen Ausbildungsstandards vermitteln sollen. Erst dann erfolgt der Aufbau der Betriebe und Produktionsanlagen. Diese Praxis ist Ausdruck der hohen Wertschätzung, die berufsfachliche Qualifikationen in den Unternehmen genießen. Und sie zeigt, dass sich das deutsche

Ausbildungssystem in den letzten Jahrzehnten als überaus reformfähig erwiesen und viele Funktionsdefizite beseitigt hat:

**Erstens** wurden neue fachliche und überfachliche Anforderungen in die Ausbildungsinhalte aufgenommen, um die Kooperations- und Prozesskompetenz wie auch die Interaktionskompetenz im Umgang mit Kunden zu verbessern.

**Zweitens** wurden viele Berufe neu strukturiert und in gemeinsamen Kernqualifikationen gebündelt. Auf diese Weise wurden die fachliche Einsetzbarkeit der Beschäftigten und damit die funktionalen Flexibilitätsressourcen der Unternehmen deutlich erhöht.

Und **drittens** schließlich wurden die Neuordnungsverfahren beschleunigt. Damit sind kontinuierliche Neuanpassungen der Ausbildungsordnungen an veränderten Bedarf und Anforderungen möglich, die aus den Unternehmen signalisiert werden. Facharbeit ist übrigens nicht nur in der Industrie die unbestritten wichtigste Qualifikationsressource, sondern auch in den stetig wachsenden Dienstleistungsbranchen.

Facharbeit ist kein überkommenes Relikt vergangener Tage. Dies ist die erste wichtige Botschaft. Daran knüpft eine zweite Botschaft an: Die Zukunft der Facharbeit ist kein Selbstläufer. Vielmehr steht die berufliche Facharbeit trotz der aufgezeigten großen Reformleistungen vor fundamentalen Herausforderungen. Ihre Zukunft wird deshalb entscheidend davon abhängen, welche Interessen und Strategien die für das Qualifikationssystem relevanten Akteure – Sozialpartner, Unternehmen, Staat, aber auch Jugendliche und deren Familien mit ihren Bildungs- und Ausbildungsentscheidungen verfolgen. Drei Herausforderungen sind evident.

Die **Erste** ist die bröckelnde Stärke der Sozialpartner. Für sie wird es immer schwieriger, die kontinuierliche Reform von Ausbildungsordnungen zu gestalten. Und sie können zunehmend seltener tarifliche Löhne und Arbeitsstandards garantieren, die auch ein faires Entgelt für fachlich gute Arbeit versprechen.

**Zweitens** werden von der Politik höhere Akademikerquoten angestrebt. Leitbilder dafür sind Länder, denen es an einer Tradition der beruflichen Facharbeit fehlt und die die fachliche Qualifizierung ganz in die tertiäre Ausbildung verlagert haben. Durch die Bologna-Reformen an den Universitäten und die Einführung des Bachelor ist der dualen Berufsausbildung zudem eine neue Konkurrenz erwachsen. Jugendliche entscheiden sich vermehrt für ein Studium. Der beruflichen Ausbildung droht deshalb ein Rekrutierungsproblem. Duale Studiengänge, in denen berufliche und akademische Bildung kombiniert werden, sind eine Antwort der Unternehmen, Facharbeit trotz dieses Wandels der Bildungspräferenzen zu erhalten.

Die **dritte** Herausforderung schließlich ist die Entstehung eines europäischen Arbeitsmarktes und die Vergleichbarkeit der nationalen Qualifikationsstandards durch einen Europäischen Qualifikationsrahmen. In den meisten Mitgliedstaaten wird akademische Ausbildung strukturell höher gewichtet als die berufsfachliche. Umso bedeutender ist die Gleichstellung der Aufstiegsfortbildungen mit dem Bachelor im Deutschen Qualifikationsrahmen.

**Facharbeit hat also eine Zukunft, sie ist aber politisch hochgradig umstritten und sie muss aktiv verteidigt und kontinuierlich neu gestaltet werden.**



# Schülerzahlen an den öffentlichen beruflichen Schulen Hessen

Grundlage: Zuweisungserlasse des Hess. Kultusministeriums - Zusammenstellung Ralf Becker

Schulformen	2007 / 08	2008 / 09	2009 / 10	2010 / 11	2011 / 12	2012 / 13	2013 / 14	Veränderung 07/08-13/14	
								Absolut	%
Berufsschule	109.869	111.094	108.895	107.077	105.004	104.083	102.146	-7.723	-7
BGJ VZ	2.726	2.094	1.729	1.353	243	127	116	-2.610	-95,7
BGJ TZ	452	507	494	532	480	349	304	-148	-32,7
BVJ	951	1.160	1.257	1.436	1.716	1.873	1.755	804	84,5
BFS 2-J. zum mittl. Ab.	13.554	13.195	12.573	11.920	11.104	10.294	10.342	-3.212	-23,7
BFS 3-3,5 j.Berufsabs.	378	336	378	363	732	956	1.009	631	166,9
HBFS 1-jährig	2.008	1.819	1.833	1.575	1.337	1.140	1.076	-932	-46,4
HBFS 2-J. Assist.-Ausb.	7.598	7.306	7.167	7.333	7.423	7.638	7.769	171	2,3
Fachschule VZ	4.924	5.055	5.729	6.442	7.304	7.860	8.226	3.302	67,1
Fachschule TZ	3.181	3.515	4.117	4.161	4.031	4.310	4.407	1.226	38,5
FOS VZ	18.324	19.308	20.794	21.158	21.464	21.381	21.919	3.595	19,6
FOS TZ	357	182	177	198	188	178	125	-232	-65
Sonderklassen	6.230	5.851	5.809	4.309	5.102	5.049	4.759	-1.471	-23,6
EIBE	3.186	2.722	2.684	2.601	2.872	2.892	2.857	-329	-10,3
Berufliches Gymnasium	10.922	11.704	12.668	13.736	14.494	14.842	14.924	4.002	36,6
Berufsbildungswerk	1.206	1.182	1.168	1.086	952	948	955	-251	-20,8
<b>Gesamt BBS</b>	<b>185.866</b>	<b>187.030</b>	<b>187.472</b>	<b>185.280</b>	<b>184.446</b>	<b>183.920</b>	<b>182.689</b>	<b>-3.177</b>	<b>-1,7</b>
Stellen für BBS	7.194	7.232,6	7.302,9	7.171,20	7.405,80	7.495,2	7.525,2	331,2	4,6

## Kommentierung

Zunächst einmal fällt bei der Betrachtung der Tabelle wieder mal so richtig auf, wie differenziert und vielfältig die Beruflichen Schulen sind und wie viele Schulformen sie aufweisen. Nimmt man dann noch hinzu, dass sich nahezu alle Schulformen wiederum in 12 Berufsfelder gliedern, wird die Differenziertheit noch deutlicher. Schlussendlich: die „Berufsschule“ als Teil des Dualen Systems der Berufsausbildung umfasst dazu noch ca. 450 einzelne Berufe.

*Zu den Schulformen im Einzelnen:*

- ▶ Das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ VZ) wurde 2011/12 durch das HKM eingestellt, nur das BGJ Holz hat überlebt. Da das HKM den Jugendlichen keine Alternative bot musste ein Großteil von ihnen in das BVJ und in EIBE wechseln, fürwahr ein gelungener bildungspolitischer Streich der Administration.
- ▶ Dass die Schülerzahlen an der Berufsschule permanent

sinken liegt im Trend. Immer weniger Betriebe bilden aus, trotz der permanenten Klagen zum Facharbeitermangel, inzwischen gerade mal noch 21%.

- ▶ Auffallend ist, dass die Schulformen, die entweder eine berufliche Weiterbildung bieten (Fachschulen) oder die Option auf Studium oder attraktive Ausbildung eröffnen (FOS + BG) über die Jahre deutlich zugenommen haben und inzwischen ein starkes Standbein in den Beruflichen Schulen darstellen.
- ▶ Die 2-j. vollschulische Assistentenausbildung (HBFS-2-j.) bleibt konstant. Angesichts der gegenüber der dualen Ausbildung kleinen Zahl sind die ständigen Angriffe der Arbeitgeber und Kammern auf Abschaffung dieser Schulform nun wirklich nicht zu verstehen.
- ▶ Die 1-j. HBFS nimmt deutlich ab. Sie ist faktisch und auch politisch gewollt ein Auslaufmodell.

*Dieter Staudt*

**GERHARD BOSCH, Prof. Dr.,**  
ist Geschäftsführender Direktor des  
Instituts Arbeit und Qualifikation  
(IAQ) an der Universität Duisburg-Essen.

[gerhard.bosch@uni-due.de](mailto:gerhard.bosch@uni-due.de)

**THOMAS HAIPETER, PD Dr.,**  
leitet die Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation am IAQ

[thomas.haipeter@uni-due.de](mailto:thomas.haipeter@uni-due.de)

Dieser Beitrag erschien als Editorial in der Ausgabe 1/2014 der WSI-Mitteilungen. Der Nachdruck erfolgt mit der Zustimmung der Redaktion der WSI-Mitteilungen sowie der Autoren.



# ALS EHRENAMTLICHER „SENIOR EXPERTE“ IN RUMÄNIEN

Nach meiner Pensionierung als Schulleiter der BS Kirchhain im Juli 2013 habe ich mich beim SES (Senior Experten Service; Bonn) bewor-

Nach kurzer „Bedenkzeit“ habe ich den Auftrag angenommen und bin am 09.02.2014 in Anina, einer 8000-Einwohner-Stadt im Banater Gebirge, ca.

erfüllt werden konnten. Die Situation in den Städten wie z.B. Timisoara hat sich verbessert, während die Landbevölkerung eher zu den Verlierern des



*Impressionen aus der Stadt Anina*

ben und im Herbst wurde mir das Projekt „Ro-Anjob“ angeboten. Im Rahmen dieses Projekts suchte das Schulzentrum Liceul Mathias Hammer in Anina einen Experten, der in folgenden Bereichen

- ▶ Lehrerfortbildung (Methodik/Didaktik, Einsatz von audiovisuellen Medien)
- ▶ Kontakte mit heimischen Betrieben
- ▶ Unterstützung bei der Gestaltung des Ausbildungsangebotes bezogen auf den regionalen Arbeitsmarkt
- ▶ Übertragung von Elementen des dualen Systems der Berufsausbildung auf rumänische Schulen (Anm.: nach Aussage des rumänischen Staatsoberhauptes Basescu wird ab Jan. 2014 das deutsche duale System der Berufsausbildung in Rumänien eingeführt)
- ▶ Verbesserung der Kommunikation zwischen den schulischen Gruppen und der Organisation der Schulleitung

die Schule beratend unterstützen kann.

150 km südlich von Timisoara, gelandet. Die Stadt war im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts ein wichtiges Zentrum des Steinkohlebergbaus. Die vorzügliche Qualität der Steinkohle sowie der Abbau von Ölschiefer sicherten der Region ausreichende Arbeitsplätze. Nach einer schweren Grubenexplosion im Jahre 2006 wurde die Grube geschlossen. Der Verlust dieser Arbeitsplätze konnte bis heute nicht kompensiert werden. Der größte gewerbliche Arbeitgeber in der Stadt ist die Bäckerei mit 10 Beschäftigten. Das Schulzentrum beschäftigt 93 Personen und die Stadtverwaltung ca. 60 Personen. Ansonsten gibt es keine nennenswerten Beschäftigungsmöglichkeiten.

Der EU Beitritt Rumäniens (2007) hat auch in dieser Region Erwartungen geweckt, die bis heute nicht

EU Beitritts zählt.

Die Infrastruktur in Anina ist rückständig, man sieht verlassene Häuser und bewegt sich über Schotterstraßen. Ein großer Teil der deutschen Minderheit ist ausgewandert. Viele Einwohner bessern ihr Einkommen durch kurzzeitige Arbeitsverhältnisse im europäischen Ausland (Spanien, Italien, Deutschland) als Erntehelfer, Betreuung von Senioren, Bauarbeiter u.ä. auf. Eine regelmäßige Busverbindung von Anina nach Deutschland sichert den Transfer.



*Ingo Herde beim Unterricht im Elektrolabor*

Es gibt auch „Lichtblicke“: So wurde das gesamte Schulgebäude in Anina und dem benachbarten Ort Steierdorf im Zeitraum von 2007- 2013 mit EU-Mitteln in Höhe von ca. 3,5 Mill. € komplett saniert. ABER: es gab keine Mittel zur Erneuerung des Mobiliars der Klassen- und Fachräume. Die Schülertische und Stühle sind in einem katastrophalen Zustand, der Fachraum für Elektrotechnik ist eigentlich unbrauchbar.

Das rumänische Schulwesen ist/war in Grundzügen dem deutschen ähnlich. So können in Anina die Schüler ab der 8. Klasse Profile wie „Technik“, „Philologie“ oder „Mathematik/-Informatik“ wählen. Es bestehen aber kaum Möglichkeiten, ein dem jeweiligen Profil entsprechendes Praktikum durchzuführen. Die zentrale Abschlussprüfung (Abitur) findet nach der 12. Klasse statt.



Das sanierte Schulgebäude

Lehrkräfte verdienen 300-500 € bei 18 Std. Unterrichtsverpflichtung!)

- ☞ Beratung der Schulleitung bezüglich Vertretungsregelung, Informationsfluss, Kopiersystem für Lehrer, Lehrerfortbildung

- ☞ Erstellung eines Fragebogens für Absolventen des Liceul

- ☞ Zahlreiche Gespräche mit dem Schulträger und mit Schulinspektoren der Schulaufsicht. Die Letztgenannten erschienen mir unbeweglich und der vergangenen Generation angehörig.

Sie signalisierten geringe Eigeninitiative, fern von Visionen. Vorschläge werden meist mit „geht nicht“ abgewiesen

- ☞ Elemente der dualen Berufsausbildung sollten so eingeführt werden, dass schulische Berufsausbildungen an der Schule im Rahmen eines neuen Profils angeboten werden, z.B.

- ☞ Profil Hauswirtschaft (Schwer-

punkt Pflege) in Kooperation mit dem Seniorenheim in Anina.

- ☞ Profil Holzverarbeitung (Holzbearbeiter/ Tischler); dadurch kann ein Angebot an Fachkräften entstehen, das für Investoren aus holzverarbeitender Industrie/ Handwerk interessant und notwendig ist. Der wertvolle, reichlich vorhandene Rohstoff Holz wird z.Zt. unbearbeitet ins Ausland verkauft.

Der Schulleitung und dem Schulträger wurde zum Abschluss eine „To do - Liste“ mit 12 konkreten Vorschlägen übergeben.

Während meiner 3-wöchigen Tätigkeit am Liceul in Anina haben mich die Gastfreundlichkeit und auch die Offenheit bei Gesprächen über Missstände sehr beeindruckt. Ich hatte immer das Gefühl willkommen zu sein, sowohl in der Schule als auch in der Stadtverwaltung (Schulträger). Eine Fortführung der Beratung (Curriculum, Ausstattung der Fachräume) wurde während des Aufenthalts durch den Auftraggeber bereits angefragt.

*Ingo Herde OStD i.R.*



Fachraum Elektrotechnik

Meine Aktivitäten/Vorschläge waren u.a.:

- ☞ Vortrag über „meine“ BS Kirchhain und die „duale Berufsausbildung“ in Deutschland auf einer separaten Gesamtkonferenz der Lehrer

- ☞ Beratung von Lehrkräften durch zahlreiche Unterrichtshospitationen (Elektrotechnik, Mathematik, Informatik) mit anschließenden Erörterungen (Anm.:



# Pressemitteilung



**NETZWERK-AG**  
DER KOORDINATOREN  
FACHPRAXIS • HESSEN

30. April 2014

Siegfried H. Groß | Silvia Moos

Sprecher des Leitungsteams

MAIL [info@fachpraxis-in-hessen.de](mailto:info@fachpraxis-in-hessen.de) | NET [www.fachpraxis-in-hessen.de](http://www.fachpraxis-in-hessen.de)

## **Koordinatoren aus ganz Hessen trafen sich**

Ihr erstes landesweites Treffen führte die Arbeitsgemeinschaft „Netzwerk der Koordinatorinnen und Koordinatoren für Fachpraxis an beruflichen Schulen in Hessen“ Anfang April im Bürgerhaus in Gießen-Klein-Linden durch. Der Einladung waren rund 60 Koordinatorinnen und Koordinatoren aus fast allen Schulamtsbezirken Hessens gefolgt.

Siegfried Groß von den Kaufmännischen Schulen in Marburg und Co-Sprecher des Leitungsteams der Netzwerk-AG konnte mehrere Vertreter der Studienseminare für berufliche Schulen in Frankfurt, Gießen und Kassel, der „Arbeitsgemeinschaft der Direktor(inn)en beruflicher Schulen Hessens“, der „Hessischen Akademie für Bürowirtschaft e. V.“ sowie der für berufliche Schulen relevanten Gewerkschaften und Lehrerverbände begrüßen.

Silvia Moos von der Theodor-Heuss-Schule in Wetzlar und ebenfalls Co-Sprecherin des Leitungsteams stellte die Netzwerk-AG, die sich im Januar 2012 in Wetzlar zunächst für den Bereich Mittelhessen bildete und sich im Juni 2013 landesweit ausdehnte und deren bisherige Aktivitäten vor.

So fanden weitere Treffen im Juni 2012 in Limburg und im November 2012 in Marburg statt, bei denen eine Resolution zur Besoldungsanpassung, Hö-

herqualifizierung und Gleichstellung von Abschlüssen erarbeitet wurde. Diese Resolution unterstützten über 2500 Lehrkräfte aus 70 hessischen Berufsschulen. Die Unterschriftenlisten

*Die Arbeitsgemeinschaft sieht sich als Sprachrohr und Netzwerk der über 1000 Fachpraxis-Lehrkräfte, die als „Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer“ unterrichten oder als „Koordinatorin bzw. Koordinator für Fachpraxis“ in den Schulleitungen tätig sind. Sie arbeitet partei- und gewerkschaftspolitisch neutral.*

*Neben schulischen und außerschulischen Gesprächspartnern – wie der „Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren Beruflicher Schulen Hessens (AGD)“ und der „Hessischen Akademie für Bürowirtschaft e. V. (HAB)“ sowie den Gewerkschaften und Lehrerverbänden „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)“, „Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen in Hessen e. V. (GLB)“ sowie die „Unabhängigen Lehrer Hessen (UL)“ strebt die Netzwerk-AG auch Kooperationen mit Vertretern hessischer Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern an.*

*Auf der Homepage [www.fachpraxis-in-hessen.de](http://www.fachpraxis-in-hessen.de) können Materialien und Positionspapiere herunter geladen werden.*

wurden im November 2012 an den zuständigen Abteilungsleiter im Hessischen Kultusministerium, Herrn Ministerialdirigent Dieter Wolf, übergeben.

Am gleichen Tag fand ein informeller Meinungsaustausch mit Mitgliedern des kulturpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtags statt, bei dem alle Landtagsfraktionen anwesend waren.

Die Netzwerk-AG erarbeitete ein Positionspapier und einen Antrag zur neuen Schulform „Mittelstufenschule“, bei der allgemeinbildende Schulen mit beruflichen Schulen bei der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 8 bis 10 kooperieren.

Das Leitungsteam traf sich mit Gewerkschaftsvertretern der GEW, des GLB und der Unabhängigen Lehrer zu mehreren „Runden Tischen“ sowie zu einem Meinungsaustausch mit Vorstandsmitgliedern der „Hessischen Akademie für Bürowirtschaft e. V.“. Mit der HAB wurde eine weitere Zusammenarbeit vereinbart.

Jürgen Ranft von der Willy-Brandt-Schule in Gießen und Mitglied im Leitungsteam berichtete über den aktuellen Sachstand der Gespräche zwischen dem Leitungsteam und dem Hessischen Kultusministerium. So wurden einige Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft zur „Mittelstufenschule“ inzwischen in das Konzept dieser Schulform aufgenommen werden.



Hugo Klein, Mitglied des Hessischen Landtags und stellvertretender Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses gab ein Statement zu den Umsetzungsmöglichkeiten der Forderungen aus der Resolution der Netzwerk-AG vom September 2012 ab. Der Abgeordnete, derzeit einziger „gelernter“ Berufsschullehrer im Hessischen Landtag (vor seinem Einzug ins Landesparlament war er zuletzt Oberstudienrat an einer Hanauer Berufsschule), stellte sich auch durchaus unangenehmen Fragen des Plenums und sicherte der Netzwerk-AG seine volle Unterstützung zu. Er gab jedoch zu bedenken, dass nicht alle Forderungen der Arbeitsgemeinschaft umsetzbar seien. Als Gründe hierfür nannte er unter anderem das stringente Besoldungs- und Laufbahnrecht. Außerdem sei die in den nächsten Jahren wirksam werdende „Schuldenbremse“ zu beachten. Das Laufbahnrecht müsse endlich aufgebrochen und Perspektiven eröffnet werden, führte er weiter aus. Eine pragmatische Lösung könne aber sein, dass es an großen beruflichen Schulen nicht nur eine A-12-Stelle für die/den Koordinator(in) für Fachpraxis gebe, sondern mehrere Stellen geschaffen werden könnten, wie der Abgeordnete aus einem Gespräch mit dem neuen Kultusminister, Prof. Dr. Lorz, berichtete. Auch im Zuge zurückgehender Schülerzahlen und wegbrechender Schulformen ergäben sich für die Fachpra-

xis-Lehrkräfte Tätigkeitsfelder an den beruflichen Schulen.

Die Netzwerk-AG arbeitet unter anderem an den Bereichen „Neue Lernformen und neue Medien“, „Veränderungen im Portfolio der Schulen“, „Zukünftiges Tätigkeitsfeld und Fortbildungsportfolio der Fachpraxis-Lehrkräfte“.

Weitere Themen, wie die „Erarbeitung einer „Checkliste“ zu den Rahmenbedingungen der Tätigkeit als Koordinator(in) für Fachpraxis“ und zum „Internen Informationsaustausch und der Öffentlichkeitsarbeit des Fachbereichs ‚Fachpraktischer Unterricht‘ an

den Schulen“ stehen auf der Agenda.

In einer Arbeitsphase brachten die Koordinatorinnen und Koordinatoren weitere Punkte in den Themenspeicher ein und tauschten sich in den Regionalgruppen Nord-, Mittel- und Südhessen intensiv aus.

Die Netzwerk-AG wird weiter hessenweit tätig sein, auf die Bildung eigenständiger Regionalgruppen für die verschiedenen Landesteile Hessens wurde verzichtet. Das im November 2012 bestellte sechsköpfige Leitungsteam wurde bei diesem ersten landesweiten Treffen um Kolleginnen und Kollegen aus Nord- und Südhessen erweitert.



Das Foto zeigt die teilnehmenden Koordinatorinnen und Koordinatoren mit Gästen. Sprecher des Leitungsteams sind Silvia Moos und Siegfried Groß (1. Reihe, 4. und 6. von links).

## Kommentar

Seit fast 40 Jahren bin ich Fachlehrerin und seit vielen Jahren Koordinatorin für arbeitstechnischen Unterricht an der Eugen-Kaiser-Schule in Hanau. Fast genauso lang bin ich Mitglied der GEW und mit kleinen Pausen in dieser Organisation aktiv engagiert. Seit dieser Zeit ist in der GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen

das Thema „Veränderung der Arbeitsbedingungen und eine entsprechende Besoldung“ für a.t. Fachlehrende aktuell. Seit Jahren werden entsprechende Anträge und Forderungen an das Hess. Kultusministerium herangetragen, so z.B. zur Weiterqualifizierung zum Lehramt.

Damit will ich sagen, dass die Themen und Forderungen der Netzwerk-AG alle richtig und wichtig sind. Nur plädiere ich dafür, dass sich die enga-

gierten Kolleginnen und Kollegen in eine größere Organisation, wie z.B. in der GEW, aktiv einbringen. Denn ich bin davon überzeugt, dass wir nur über eine starke und einflussreiche Organisation, wie es die GEW ist, gehört und ernsthaft wahrgenommen werden.

Ich finde, wir sollten unsere Kräfte und unser Engagement bündeln und uns nicht zersplittern.

**Marina Möller**

# LEHRKRÄFTE OHNE LEHRAMT- AM STUDIENSEMINAR FÜR BERUFLICHE SCHULEN IN DARMSTADT QUALIFIZIERT

Im letzten *i*nsider (Ausgabe Nr. 1/2014) war ein interessanter Beitrag zu Lehrenden ohne Lehramt bzw. Lehrbefähigung an beruflichen Schulen zu lesen, deren Anzahl in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Der dort geforderten „Qualifizierungsoffensive“ mit dem Ziel, die Menschen bei der Bewältigung der gestiegenen didaktischen, methodischen und pädagogischen Anforderungen zu unterstützen, kann nur beigeplichtet werden.



Das notwendige Know How und die Bereitschaft, diese Aufgabe zu übernehmen, sind an den Studienseminaren für berufliche Schulen vorhanden. So bietet das Studienseminar für berufliche Schulen in Darmstadt seit 2010 eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte ohne Lehramt oder Lehrbefähigung an. Die Qualifizierungsreihe wurde in Abstimmung mit den Schulleitungen der Ausbildungsschulen des Studienseminars entwickelt und wird im kommenden Schuljahr 2014/2015 zum sechsten Mal durchgeführt. Start für die nächste Staffel ist der 15.09.2014. Die Ressourcen, die den Studienseminaren für die Fortbildung von Lehrkräften zur Verfügung stehen, sind äußerst knapp bemessen und reichen bei weitem nicht, um den Qualifizierungsbedarf der oben

genannten Zielgruppe auch nur annähernd abzudecken. Neben der Ressourcenknappheit stellt sich die unsichere Zuweisung der Fortbildungsressourcen als Problem dar. Eine langfristige Planung wird erschwert und die Verlässlichkeit gegenüber den schulischen Partnern ist somit nicht gegeben. Nachfolgend wird die Fortbildungsreihe dargestellt.

## Didaktisch-methodische Prinzipien

Bei dieser Basisqualifikation für angestellte (TV-H) Lehrkräfte wird den Teilnehmer/-innen die Gelegenheit gegeben, zentrale Aspekte der Planung, Durchführung und Reflexion von Unterricht kennenzulernen. Im Mittelpunkt der Fortbildungsmaßnahme steht die Entwicklung pädagogischer Kompetenzen. Thematisch setzen sich die Teilnehmenden mit der zentralen Fragestellung „Was ist guter Unterricht?“ auseinander.

Leitendes Fortbildungsprinzip ist der Grundgedanke der doppelten Vermittlungspraxis; dies bedeutet, dass die zu erarbeitenden Themen und Methoden direkt in die eigene Unterrichtspraxis transferiert werden können. In diesem Sinne werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Planung und Durchführung der Fortbildung aktiv einbezogen. Weiterhin werden durch Praxissimulationen und Gruppenaktivitäten die eigenen beruflichen Erfahrungen zum Ausgangspunkt von Lernerfahrungen, die wiederum in der beruflichen Praxis überprüft werden können.

## Organisatorisches

Anzahl der Termine: 6 Termine, davon 2 halbtägig, 4 ganztägig = 10 Halbtage  
Zeitraum: etwa 3 Monate  
Gruppengröße: Bis zu 20 Teilnehmer/-innen

## Programmablauf

### 1. Sitzung: Reflexion der Lehrerrolle

Das Kernstück der ersten Sitzung bildet die Auseinandersetzung mit der neuen Lehrerrolle. Nach einem aktivierenden Warming-up zum gemeinsamen Kennenlernen werden die Erwartungen und Wünsche der Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer hinterfragt und nach Möglichkeit in die Fortbildungsplanung integriert. Im Anschluss erfolgt eine Reflexion der eigenen Lernbiografie, die den Ausgangspunkt zur Entwicklung der individuellen Lehrerrolle generieren kann.

### 2. Sitzung: „Was ist guter Unterricht?“

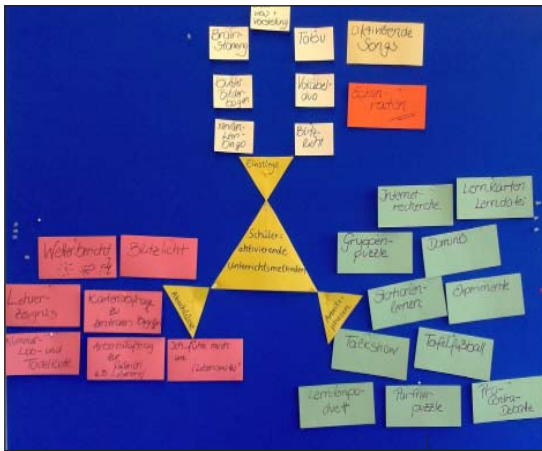
Die zweite Sitzung thematisiert in Anlehnung an Hilbert Meyer die Gestaltung von gutem Unterricht. In diesem Kontext wird der Fokus zunächst auf die Einschätzung der Lehr- und Lernbedingungen der jeweils eigenen Klassen gelegt und den Teilnehmenden geeignete Diagnoseinstrumente zur Verfügung gestellt. Weiterhin werden eine klare Stundenstrukturierung, eine ziel- und kompetenzorientierte Vorgehensweise bei der Unterrichtsplanung und eine kriteriengeleitete Unterrichtsbeobachtung in den Blick genommen.



3. Sitzung: *Aktivierende Unterrichtsmethoden*

Hier wird eine Vielzahl an aktivierenden Unterrichtsmethoden im Sinne der doppelten Vermittlungspraxis von den Teilnehmenden erarbeitet. Dabei geht es um die Konzeption eigener Unterrichtseinstiege, produktiver Arbeitsphasen sowie Unterrichtsab-schlüsse, die in der Folge in die eigene Unterrichtspraxis umgesetzt und im Anschluss gemeinsam kritisch reflektiert werden sollen.

4. Sitzung: *„Mit Schülern klar-kommen“*



In der vierten Sitzung wird das bekannte Phänomen der Unterrichtsstörungen in das Blickfeld gerückt. In diesem Kontext werden Ursachen analysiert und über das Eskalationsmodell eingeordnet. Hierbei kommen auch proaktive und reaktive Übungen zur Prävention zum Einsatz. Den Abschluss dieser Einheit bildet die Erprobung eines strukturierten Ablaufes zur kollegialen Beratung.

5. Sitzung: *Wege zum selbst-gesteuerten Lernen*

Die Inhalte der fünften Sitzung orientieren sich an Herolds Unterrichtsmo-dell zum selbstorgani-sierten Lernen. In diesem Zuge werden die Teilnehmenden über die doppelte Vermittlungspraxis mit dem Advance Organizer, dem Punktekonto, der Kann-Liste und

nicht zuletzt mit passgenauen Un-terrichtsmethoden, die dem Sand-wich-Prinzip folgen, vertraut ge-macht. Auch hier sollen die eigen-ständig konzipierten Instrumente zur Förderung des selbstgesteu-erten Lernens in die eigene Un-terrichtspraxis umgesetzt werden.

6. Sitzung: *Abschluss und Refle-xion*

Im Zentrum der sechsten Sit-zung stehen reflexive Elemente und Feedback-Verfahren zur Fort-bildungsreihe. Es geht zum einen darum, ein Resümee über den ei-genen Wissenszuwachs zu ziehen.

Darüber hinaus sollen nicht nur erlernte Me-thoden, Verfahren und Konzepte hinsichtlich deren Effizienz im Un-terrichtseinsatz hinter-fragt werden, sondern auch die von den Fort-bildnern verwendeten Vermittlungsmethoden und -strategien gilt es kritisch in den Blick zu rücken.

Die Fortbildungsreihe wird jährlich an den Beruflichen Schulen Groß-Gerau durchgeführt.

**Feedbacks zu den Inhalten**

„Inhalte sehr gut ausgewählt. ‚Aktivierende Unterrichtsmethoden‘ und ganz be-sonders ‚Wege zum selbstgesteuerten Lernen‘ werde ich vertiefen – das Gelernte hat mir schon jetzt bei der Unterrichtsvorbereitung sehr geholfen.“  
 „Die Inhalte waren für mich persönlich genau richtig, ich habe somit viel Neues ge-lernt, Altes vertieft und war nicht über-

und unterfordert.“

„Mehr davon... ein buntes Sträußchen... von allem Wichtigen etwas!“

„Interessant präsentiert – sofort umsetzbar“

„Sehr viel für die kurze Zeit. Danke für die gute Vermittlung, in der Kürze so gut verständlich.“

**Feedbacks zur Arbeitsatmosphäre:**

„Entspannt – motivierend – an-geregnd“

„Sehr gut! Locker aber produktiv“

„Abwechslungsreich: Learning by doing.“

**Feedbacks zur methodischen Gestaltung**

„Vielfältiges Methodenangebot, gute Mischung zwischen Theorie und Praxis“

„Die doppelte Vermittlungspraxis erschließt die Methode viel besser“

„Methoden gut geeignet zum Selbstlernen“

**Martina Holl, Dr. Ulrike Neujahr, Claudia Wilhelm  
 Studienseminar für berufliche Schulen in Darmstadt**





# DIE ZUKUNFTSWERKSTATT - SCHÜLER OPTIMAL AUF'S BERUFSLEBEN VORBEREITEN

Die Schülerzahlen sinken stetig, der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften hingegen steigt. Schon jetzt bleiben viele Lehrstellen unbesetzt. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen, startete die IHK Darmstadt vor zwei Jahren das Modell Zukunftswerkstatt. 38 Schulen aus Südhessen wirken bereits mit, weitere Eröffnungen sind geplant.

Ziel der Zukunftswerkstatt ist es, Jugendlichen durch frühzeitige Berufsorientierung einen reibungslosen Übergang von der Schule in die betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Die Maßnahmen in den jeweiligen Schulen dazu sind vielseitig. Die Idee der Zukunftswerkstatt ist es, diese Aktionen zu bündeln – indem die IHK gemeinsam mit den Schulen einen speziellen Klassenraum zur Berufsorientierung einrichtet. Hier sollen sich Schülerinnen und Schüler informieren und umfassend auf die Ausbildung vorbereiten können.

## **Unternehmen und Schüler knüpfen Kontakte**

Ganz wesentlich ist dabei der Gedanke, dass neben den Lehrern auch Unternehmen aus der Region durch Kooperationen in den Pro-



zess miteinbezogen werden. Sie können auf Plakaten oder in Vorträgen und Gesprächen vor Ort ihr Unternehmen und die entsprechenden Berufsbilder vorstellen und so direkt mit engagierten Schülerinnen und Schülern Kontakte knüpfen. Auf diese Weise können sich die Jugendlichen ein realistisches Bild von den Anforderungen machen, die ein Beruf an sie stellt. Zum gleichen Zweck stellen die kooperierenden Unternehmen Praktikumsplätze zu Verfügung. So gewinnen beide Seiten: Schülerinnen und Schüler lernen ihre Stärken und Interessen und die Unternehmen potenzielle Auszubildende kennen. Darüber hinaus können die Jugendlichen unter anderem an PCs Ausbildungs- und Praktikumsplätze am Computer recherchieren, mit Lego-Mindstorms oder Fischer-Technik ihr Technik-Wissen erweitern oder in individuellen Berufsberatungsgesprächen mit Experten ihren zukünftigen Weg ins Berufsleben planen.

## **IHK-Mitarbeiter übernehmen Schul-Patenschaften**

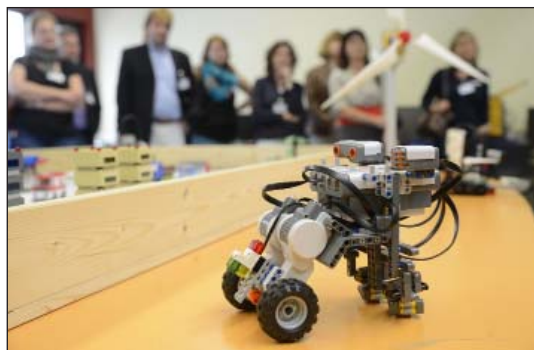
Rund eine Million Euro hat die IHK Darmstadt für die Zukunftswerkstätten zur Verfügung gestellt. Und knapp 40 Eröffnungen in zwei Jahren bestätigen das Interesse und den Bedarf seitens der Schulen. Auch

nach den Eröffnungen will die Kammer die Schulen bei ihrer Arbeit unterstützen - und geht dabei neue Wege. IHK-Mitarbeiter übernehmen als Paten eine Scharnierfunktion zwischen Schulen und Unternehmen, um den Erfolg der Zukunftswerkstätten auch langfristig zu sichern. Eingeführt wurde das Paten-Modell, um den Schulen einen kontinuierlichen, persönlichen Ansprechpartner zur Seite zu stellen. Die Paten sind erste Anlaufstelle für Fragen und vermitteln bei Bedarf weiter zu Fachkollegen im Haus, beispielsweise zur Ausbildungsabteilung. Sie stellen die Zukunftswerkstatt bei Elternabenden vor und koordinieren den Schulungs- und Informationsbedarf der Lehrer. Außerdem helfen sie, Kontakte zu Unternehmen oder der regionalen Wirtschaftsförderung herzustellen.

## **Lehrer drücken in der IHK die Schulbank**

Gut ausgebildete Lehrkräfte sind der Schlüssel zu qualifiziertem Nachwuchs. Um die Lehrerinnen und Lehrer auf die verschiedenen Aspekte der Berufs- und Studienorientierung vorzubereiten, bietet die IHK Darmstadt deshalb Schulungen an. Die Themen sind hier unter anderem: Berufs- und Studienorientierung, MINT-Förderung mit Fischertechnik und Lego-Mindstorms, Wirtschaftsstandort sowie Ausbildungsmarkt Südhessen und das duale Ausbildungssystem. Ebenfalls im Angebot der IHK sind Schulungen zu Schlüsselqualifikationen wie Projektmanagement. Jährlich nehmen insgesamt rund 200 Personen an den Fortbildungen teil.

**Weitere Infos unter [zukunfts-werkstatt@darmstadt.ihk.de](mailto:zukunfts-werkstatt@darmstadt.ihk.de) und [www.darmstadt.ihk.de](http://www.darmstadt.ihk.de)**



## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche Schulen -Vorsitzendenteam -

### Layout:

Matthias Hohmann  
Email: [m.hohmann@gmx.net](mailto:m.hohmann@gmx.net)

### Redaktion:

Dieter Staudt  
Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •  
Email: [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de)

Ralf Becker  
Tel.: 06142 / 838880  
Email: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Auflage: 4600**

### Druckerei:

Druckkollektiv GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

## Leserbrief

Sehr geehrter Herr Staudt, ich möchte ihnen hiermit mal ein positives Feedback bezüglich Ihrer Arbeit und Artikel im *insider* liefern. Ich bin immer wieder auf's Neue überrascht, wie viele „Probleme / Themen“ doch in der beruflichen Schule stecken und bin sehr begeistert, mit welchem Elan und mit welchen kritischen Stellungnahmen Sie (und ihr Team) den hochglanzpolierten Formulierungen / Ideen des HKM entgegenzutreten, immer im Sinne unseres schulischen Auftrages.

Ich fühlte und fühle mich nach wie vor in meiner Berufswahl des „Berufschullehrers“ pudelwohl, erst Recht mit der Gewissheit, dass sich im „Hintergrund“ dieses Team aktiv um wirklich sehr viele Themen im Sinne von uns aktiven Lehrkräften kümmert. Wir HEMS'ler gehören ja auch regelmäßig zu der Gruppe, die ohne Angst und Scheu auch mal Nein sagen kann zu einigen neuen „Ideen“, die so in der Schule aufschlagen. Auch deshalb gehe ich nach wie vor gerne in unsere Schule, weil wir nicht immer alles so ungekaut runterschlucken. Noch mal: Bravo und weiter ein starkes Rückgrat für Ihre Arbeit!

**Jürgen Mang HEMS-Darmstadt**

### Damals schon gewusst!

*Veröffentlichung des London Trades Council vom 5. Dezember 1863*

Eine Verbrüderung der Völker ist für die Arbeitersache höchst notwendig, denn immer, wenn wir versuchen, unsere soziale Lage durch Verkürzung der Arbeitszeit oder Erhöhung der Löhne zu bessern drohen unsere Fabrikanten, sie würden Franzosen, Deutsche, Belgier und andere herüberbringen, um unsere Arbeit zu geringem Lohn ausführen zu lassen;

und wir müssen leider feststellen, dass dies auch wirklich geschehen ist, nicht aus der Absicht unserer Brüder auf dem Kontinent, uns zu schaden, sondern wegen des Mangels an regelmäßigen, systematischen Verbindungen zwischen den Arbeiterklassen aller Länder, die wir bald verwirklicht zu sehen hoffen. Unser Ziel ist es, die Löhne der schlechter Bezahlten soweit wie möglich an die der besser Bezahlten anzugleichen und es unseren Arbeitgebern nicht zu erlauben, uns gegeneinander auszuspielen und uns auf das niedrigste Niveau herunterzudrücken, das ihrem geizigen Handeln zupass kommt.

*(An die Arbeiter Frankreichs von den Arbeitern Englands)*

Übrigens: Der Mindestlohn in den USA beträgt 7,75 US-Dollar. Das sind 5,32 Euro. Ausnahmen sind möglich bis hinunter auf 2,13 US-Dollar. Mit einem solchen Partner haben es die abhängig Beschäftigten in Europa zu tun, wenn die EU das Freihandelsabkommen TTIP verhandelt. (DS)

### BeltzForum „Baustelle Zukunft“

Ein breit gefächertes Angebot zur Lehrerfortbildung vom 14. – 16. November 2014 in Bad Wörishofen. Experten aus Lernforschung und Unterrichtspraxis stellen neue Ansätze der Didaktik und Methodik vor, z.B.

- ☛ Prof. Joachim Bauer über den pädagogischen Auftrag zwischen Empathie und Führung
- ☛ Prof. Kersten Reich über inklusive Didaktik
- ☛ Prof. Michaela Brohm über Motivation und Positive Psychologie
- ☛ Prof. Andreas Helmke über Feedbackkultur in Schulen.

Nähere Infos unter [www.beltzforum.de](http://www.beltzforum.de)

# NEUE MENSCHEN BRAUCHT DAS LAND

Die Wirtschaft boomt. In diesem unseren Land. Was naturgemäß ja nur die Begierde der Habenichtse wecke, sagt mein Nachbar. Wir müssten gemäß unserer ökonomischen Potenz „mehr Verantwortung übernehmen“, sagt der Bundespräsident. Nicht dass er mit seiner Einsicht allein wäre, schon andere hochrangige Berater haben sich vor ihm Gedanken gemacht. Zum Beispiel: „Wie kann man den freien Welthandel und den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt noch aufrechterhalten?“. Bei dieser großen Aufgabe kommt unsere lächelnde Nonchalance, die Frau Kriegsministerin ins Schwitzen. Denn ihr Ressort leidet unter Fachkräftemangel. Seit Zwangsarbeit im Kriegshandwerk abgeschafft ist, drohe „ein personelles Ausbluten (sic!) der Armee“. Und folgert: „Wir müssen als Arbeitgeber flexibel reagieren, sonst stehen wir demnächst in leeren Fluren und auf leeren Kasernenhöfen“. Also höchste Zeit: Ausgedient hat der Staatsbürger in Uniform, angesagt ist der Arbeitnehmer in Uniform. Ausgedient hat Wehrmacht und Bundeswehr, die Truppe sei fürderhin – so die Chefin – „nicht nur eine Armee im weltweiten Einsatz, sondern ein hochmoderner, global agierender Konzern.“

Kennen wir schon: Von Ministerpräsident Kochs Hessen. Doch während der von „Sicherer Zukunft“ faselte, indem er die sicheren Arbeitsplätze abbaute, hat seine Parteigenossin eine geradezu sozialistische Erkenntnis: „Was nutzt uns der beste Eurofighter, wenn wir keine Piloten und Techniker mehr haben.“ Und siehe: Wo die Not am größten, wächst das Rettende auch (Hölderlin). Denn während die Fluren in den Kasernen leer stehen, sind die Fluren in den Berufsschulen voll. 165 000 Schulabgänger haben keinen Ausbildungsplatz gefunden, trotz Wirtschaftsboom, und drehen Warteschleifen in diversen Fördermaßnahmen.

Und da wären auch noch die jungen Frauen. Oftmals MINT-geschädigt, tun sie sich schwer in traditionsreichen

Männerberufen. Knapp 10 % sind es bis jetzt in der Truppe, die Quote ist noch lange nicht erfüllt. „Frauen an die Waffe“. Keine Scheu. „Denn Kriegerinnen (...)“ - so weiß uns Rhia Herrad in SWR2-(Radio-) Wissen zu berichten – „hat es schon immer gegeben“. Und endlich gibt es jetzt auch ein Vorbild, die Chefin selbst, eine leibhaftige Amazone. Nicht ausbildungsreif?

Das Manko: 2/3 der Deutschen sagen: Krieg ist keine Alternative. Eine Kluft tut sich auf für die Konzernführung. Deren Diagnose: Nicht kriegsreif. „Politik muss sich über solche Gräben hinwegsetzen, damit sie handlungsfähig bleibt“, sagt der Außenminister.

Seine charmante Ministerkollegin denkt schon weiter. Sie startet eine Attraktivitätsoffensive. Gelernt ist gelernt. Aufbau von Kitas in den Kasernen, Flatscreen mit Wandhalter, 6000 Laptops für Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter – und eine Garantie für Ausbildung. Denn „die Bundeswehr bietet verschiedene Ausbildungsplätze an, die den Bereichen in der Bundeswehr entsprechen“.

*Ernst Hilmer*



Zum Beispiel „Gärtner“

## 10. wbv Fachtagung

### Perspektive Didaktik – Bildung in erweiterten Lernräumen

29. – 30. Oktober 2014 in Bielefeld

Ab sofort können Sie sich zur 10. wbv Fachtagung anmelden. Es erwarten Sie spannende Vorträge, Inputs und Diskussionen in drei Foren. Am zweiten Tag können Sie beim BarCamp die Tagung aktiv mitgestalten. Bringen Sie Ihre Fragen mit, werden Sie selbst zum Teilgeber, profitieren Sie von spannenden Diskussionen und erweitern Sie Ihr persönliches Netzwerk!